INTERIM

2 DM

Wöchentliches Berlin-Info



Nr. 17

19. August 1988

...zur Kundgebung am 12.8.88 inna Wilmersdorfer...

Obwohl kein ausführlicher Aufruf mehr folgte(von wegen Papierkrieg..)waren wir letzten Freitag ca.15o Frauen in der Wilmersdorferstraße-plus natürlich ne`ganze Menge dort einkaufende und arbeitende Frauen.Die Kundgebung war ein Versuch,den Zusammenhang zwischen Frauenalltag-arbeit-ausbeutung und der IWF/WB-Tagung im September für jedefrau nachvollziehbar herzustellen und für die Frauen-und Lesbenaktionstage im September zu mobilisieren.

Wir hatten uns ein buntes,lautes und peppiges Spektakel vorgestellt,um einerseits genug Aufmerksamkeit im Einkausrummel zu erregen und andererseits UNS Platz und Raum zu nehmen-an einem Ort,der uns erstmal recht fremd ist.

Verkaufen, Einkaufen - Frauenarbeit
Für miesen Lohn unter miesen Arbeitsbedingungen das Familieneinkommen "aufbessern" - Frauenarbeit
Schreiende Kinder und schlechtgelaunte Männer besänftigen - Frauenarbeit
Rund um die Uhr verfügbar sein - Frauenarbeit
Schön sein, zärtlich sein, verständnisvoll sein - Frauenarbeit
Frauenlohn? - ein Nischenplatz in dieser Gesellschaft, Blumen zum Muttertag und ein Tritt, wenn wir nicht mehr funktionieren
Frauenmacht? - Nein sagen!
Frauenarbeit verweigern
OHNE UNS LÄUFT NIX!

Viele Frauen haben mitgemacht-Tromlerinnen,eine Sambagruppe,eine Pantomimegruppe,die Drachinnen und ein Frauenseptett ne`Putzkolonne verteilte die Flugis. Wir waren unübersehbar-und hörbar! Und wir waren über die Resonanz überrascht:es gelang offensichtlich unsere poli.Inhalte rüberzubringen,die Frauen stellten Fragen zu den Flugis,den Stellwänden,fanden sich in der Darstellung des Frauenalltags von der Pantomimegruppe wieder,kommentierten den Redebeitrag.
Unsere Stimung war entsprechend gut-bis so`Scheißtyp ein paar Frauen von uns anpöbelte und angriff.Ein paar Frauen beförderten ihn bis zur nächsten Straßenecke,wo das Gerangel weiterging.Die Bullen gingen natürlich brutal dazwischen und versuchten Frauen abzugreifen.Doch wir waren viele,schnell und stark-die Frauenkonnten abhauen,und die Bullen hatten Schiß um ihre Mützen und Hemden.Dabei wurden Frauen verletzt(Gesichtsaverletzungen/ein Nasenbeinbruch) und das Schwein wurde im Schutz der Uniformierten zur Wanne und später auch rings um die Kundgebung geführt

um Frauen abzugreifen(er hat Anzeige gegen Unbekannte erstattet wg.Körperverletzung).ALL-tägliche MÄNNERgewalt, aber auch handfester FRAUENWIDERSTAND!

Wir haben das Gefühl, daß die Aktion gelungen ist und wollen sie evt.wiederholen-

Die kapitalistische Ausbeutung hier wie in der ganzen Welt funktioniert nur solange, wie den Frauen die Folgen davon aufgebürdet werden können.
Hunger, Ausbeutung, Vertreibung, Arbeitslosigkeit - wir Frauen sollen alles wieder ausbügeln, damit das Elend doch noch wieder in Profit umgemünzt werden kann
Wir sagen: NEIN!
Im September kommt die Männermafia von IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank nach Berlin -
Bereiten wir den Herren einen gebührenden Empfang!
FRAUEN-AKTIONSTAGE VOM 26. BIS 29.SEPTEMBER

Ohne uns Frauen gibt`s keine Revolution
wir müssen kämpfen
gemeinsam schaffen wir es schon
Frauen auf die Barrikaden
kämpfen wir für unser Recht
Kapitalisten, wir kommen
zieht die Schwänze ein -
sonst geht`s euch schlecht

Ihr kriegt uns nicht klein
ihr Meister, ihr Bosse, Politiker und Ehemänner
wir Frauen, wir organisieren uns
wir stecken nix mehr ein-
die Männer an den Herd
Unternehmer an`s Band
und Meister in die Leichtlohngruppe
jetzt wird nach unserer Pfeife getanzt-
wir sind nicht mehr eure Puppen!

Ohne uns Frauen...

Ob wir Kinder wollen oder keine,
entscheiden wir alleine
und für die Gynäkologen
ist Schluß-
mit dem Extraprofit aus dem Uterus

UNSER WIDERSTANDSREZEPT

Kochen wir Sie ein!

Man nehme:

Männerherrschaft in Würfel schneiden, kurz in Sexfilmsauce anbraten mit viel Porno würzen

Parteien in wenig Wasser 1 Std. garen

Multis weich klopfen, durch den Fleischwolf drehen, anbraten

Banken abspülen, gut putzen, mit einem scharfen Messer fein hacken, 1 Std. im eigenen Saft schmoren lassen

IWF pürieren

alles zusammenmischen

mit feingehackter Weltbank örtlich garnieren

DER KUNDGEBUNGSBEITRAG

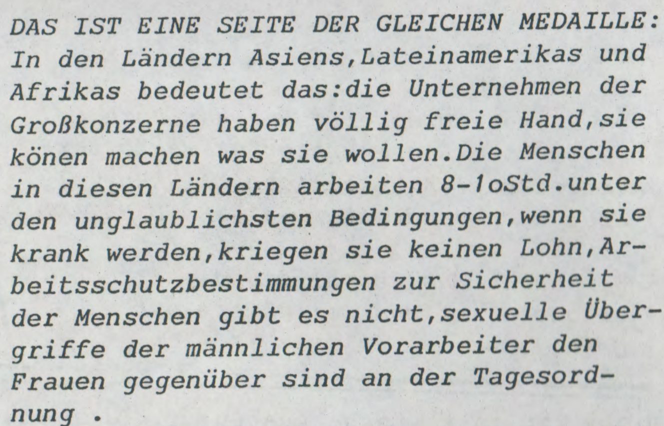
Ende September halten der IWF und die WB ihre Jahrestagung hier in Berlin ab. Tausende von Bankiers, Manager und Politiker werden aus diesem Anlaß in der Stadt sein. SIE KOMMEN NICHT ALLEIN: die Journalisten der Weltpresse werden sie begleiten, ABER VOR ALLEM BRAUCHEN DIESE HERREN SCHUTZ. Berlin wird dafür mit einem riesigen Aufgebot an Polizei und Sicherheitskräften zur Festung ausgebaut werden. Ganz nebenbei: das Theater wird an die 3o Mio.DM kosten.

WAS WOLLEN DIESE WIRTSCHAFTSBOSSE HIER UND WAS GEHT UNS DAS EIGENTLICH AN?

Die Herren werden auf ihrer Tagung die Methoden und Pläne aushandeln, die ihnen noch mehr Gewinne bringen sollen.

Es geht um Geld-viel Geld! Die Banker und Finanziers werden alle Möglichkeiten aushecken, um aus den Menschen hier und in der sogenannten 3.Welt noch mehr Profite herauszupressen. Die Folgen davon sind hier in den Industrieländern Rationalisierungen und Entlassungen, unsichere Arbeitsplätze-oft nur stundenweise-ohne Absicherung, Verträge gelten nur begrenzte Zeit, die Löhne sinken real aber die Preise steigen und steigen.





DAS IST EINE SEITE DER GLEICHEN MEDAILLE: In den Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas bedeutet das: die Unternehmen der Großkonzerne haben völlig freie Hand, sie könen machen was sie wollen. Die Menschen in diesen Ländern arbeiten 8-1oStd. unter den unglaublichsten Bedingungen, wenn sie krank werden, kriegen sie keinen Lohn, Arbeitsschutzbestimmungen zur Sicherheit der Menschen gibt es nicht, sexuelle Übergriffe der männlichen Vorarbeiter den Frauen gegenüber sind an der Tagesordnung .

WENN DIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER SICH SICH GEGEN DIESE UNMENSCHLICHEN BEDINGUNGEN WEHREN, WERDEN SIE ENTLASSEN, VERFOLGT, LANDEN IN DEN KNÄSTEN ODER WERDEN ERMORDET.

Die Regierungen dieser Länder werden vom IWF u.a. gezwungen ,die Preise für Lebensmittel und den Nahverkehr zu erhöhen. Alles wird teurer. Für die FRauen heißt das, sie müssen noch mehr arbeiten, um ihre Familien am Leben zu erhalten.

Diese Verschärfung der Lebensbedingungen findet nicht nur in fernen Ländern statt, sondern auch hier bekommen wir die Angriffe des Kapitals und des Patriachats zu spüren. Zunehmend werden Frauen in ungarantierte und niedrig entlohnte Arbeitsverhältnisse gezwängt: Teilzeitarbeit und Heimarbeit, die einen reibungslosen Ablauf der Hausarbeit, die Versorgung von Kindern und Ehemännern gewährleisten soll.

Auch wenn wir den Kongreß im ICC nicht direkt mitbekomen, so werden wir deutlich die Anwesenheit der Wirtschaftsagenten zu spüren bekommen. Spätestens dann, wen die extremen Sicherheitsmaßnahmen, die so ein Kongreß mit hochkarätigen Persönlichkeiten verlangt, unsere Bewegungsfreiheit einschränken wird.

IN DIESEN TAGEN IST BERLIN MEHR ALS SONST EINE POLIZEIKONTROLLIERTE UND ÜBERWCHTE STADT:

und nicht nur um den reibungslosen Ablauf des Kongresses zu gewährleisten, werden sie-die Bullen-überall anwesend sein-

NEIN AUCH DIE KLEINSTE BEWEGUNG DIE SICH GEGEN DIESEN POLIZEIÜBERWCHTEN ALLTAG ZU WEHREN VERSUCHT SOLL NICHT ZUGELASSEN WERDEN.

Dieser Politik wollen wir unsere Lebendigkeit entgegensetzen. Wir gleichen nicht einer ruhigen meinungslosen Masse, die gleichgültig allem gegenübersteht, was von oben geboten wird.

WIR WOLLEN VOR-WÄHREND-NACH DIESER TAGUNG UNS BEWEGEN SCHREIEN TANZEN FEIERN UNS ZUSAMMENROTTEN UNS SPÜREN AUF DER STRAßE DEN PLÄTZEN-ÜBERALL DORT WO SIE UNS NICHT HABEN WOLLEN

WIR WOLLEN UNS SPÜRBAR MACHEN-FÜR UNS, FÜR ANDERE.



Wir wollen hier über uns reden, hier in der Einkauszone, vor den Kaufhäusern, ein Ort, wo sich Frauen alltäglich begegnen. Wir wollen zeigen, was genau diese Politik und Planung mit uns Frauen zu tun hat, welche Funktion und Rolle SIE uns in dem Ganzen zugedacht haben.
Das Kaufhaus ist eine geheimnisvolle bunte Kiste, in der alles verborgen ist, was Frau sein hier heißt:
All das, wie SIE sich UNS vorstellen und wünschen...
Und IHRE Ansprüche sind vielfältig!
Es genügt noch lange nicht, Einkaufstaschen und Kinder herumzuschleppen, Böden zu schrubben und Wäsche zu waschen-das reibungslos zu organisieren ist ja wohl das mindeste.
Wir sollen dabei gut gelaunt sein, liebevoll, frisch, dynamisch und schön!
TAUCHEN WIR EIN IN DIE GRELLE BUNTHEIT ABER RASCH RASCH WIR HABEN JA NIE VIEL ZEIT!
Am besten gehen wir direkt zur Frauenfortbildungsstelle: zum Zeitschriftenstand.
Dort geben BRIGITTES, PETRAS und IHRE FREUNDIN die neuesten Leitlinien aus, was wir zu tun und gefälligst zu lassen haben.
Als Ergänzung vielleicht noch einen Blick in den Playboy. Ein schwieriges Programm, was wir da vorfinden, ein Raster, durch das wir immer wieder durchfallen.

VON KOPF BIS FUßIN EINZELTEILE ZERLEGT FINDEN WIR IN DER ABTEILUNG "SCHÖNHEIT" ALLES, WAS UNS VON DER HAARSPITZENBEHANDLUNG BIS ZUR LACKIERUNG DES KLEINEN ZEHS GRÜNDLICHST VERSCHÖNERT, VERÄNDERT, BIS ZUR UNKENNTLICHKEIT MASKIERT.
Wozu? Für wen?
Für uns? Bestimmt nicht, weil diese Schönheitsideal darauf ausgerichtet ist, das was uns eigen ist in Normen zu zwängen zu verstecken zu zerstören!
Für wen dann?
Für unsere Ehemänner und Freunde, unsere Kollegen, Kunden und Chefs, für alle, die uns auf der Straße und überall dort, wo wir uns bewegen ANGLOTZEN.
Wir-unsere Körper, unsere Lebensäußerungen, sind IHRE Erholungoasen, IHRE Erholung vom alltäglichen Arbeitsgrauen zu garantieren ist ARBEIT, die von UNS erwartet wird.
FRAUENARBEIT-d.h. für uns eben nicht nur, daß wir unter miesen Bedingungen für lächerlich wenig Geld Lohnarbeiten müssen-wir sollen dabei auch noch schön, sexuell anziehend und natürlich VERFÜGBAR sein.
Dies gilt, egal ob wir uns nun als Verkäufer oder Käuferin zwischen den Regalen durchschieben...

DIE BONZEN UND BOSSE WERDEN IM SEPTEMBER HIER TAGEN-
VERSALZEN WIR IHNEN DIE SUPPE
WENN WIR UNSERE LAGE ERKENNEN,
WER SOLL UNS DANN NOCH AUFHALTEN?

FRAUENALLTAG

Das Flugi vom 12.8.88



Haben Sie auch manchmal das Gefühl zu viel zu arbeiten? Gerade nicht entspannt und frisch durch den Alltag zu schlendern wie unsere "Ideale" in Zeitungen,TV und Werbung - nicht den gesellschaftlichen Ansprüchen der immer liebevollen Mutter und Ehefrau, der singenden Köchin und Putzfrau, der frischfrisierten Geliebten und Sekretärin zu entsprechen? Stattdessen verrichten Sie müde und abgespannt den Haushalt? Kaufen abgehetzt möglichst billig aber dennoch bequerellarm ein?

VIELLEICHT KÖNNEN SIE TROTZ ALLER EINKAUFSHEKTIK 10 MINUTEN PAUSE MACHEN:

ES GEHT UNS MIT DIESER AKTION UM UNS-UM UNS FRAUEN UND UNSEREN ALLTAG!

Ein Kaufhaus ist EIN Ort,an dem WIR FRAUEN uns aufhalten,um einzukaufen,hier zu arbeiten,an dem mit uns Werbung gemacht wird und speziell für uns Waren angeboten werden.

AN DIESEM ORT DREHT SICH ALLES UM UNS!

Deswegen sind wir heute hier und wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen.Zunächst haben wir ein paar Fragen an Sie:

SIE SIND EINE FRAU: Welche der folgenden unbezahlten Arbeiten verrichten Sie täglich bzw.welche der folgenden Berufe üben Sie aus?

-Hausfrau	-Ehefrau
-Geliebte	-Freundin
-Mutter	-Oma
-Köchin	-Psychologin
-Seelsorgerin	-Putzfrau
-Wäscherin	-Näherin
-Finanzmanagerin	-Krankenschwester
-Erzieherin	-Nachhilfelehrerin

Sogar das Statistische Landesamt schätzt,daβ der Wert unbezahlter Hausarbeit jährlich ca.1BILLION DM beträgt

- das sind ca.3o-50% des Bruttosozialproduktes!

Sind Sie darüberhinaus noch erwerbstätigt, als
-Teilzeitbeschäftigte
-Ganztagsbeschäftigte
-Heimarbeiterin?

Dann gehören Sie zu den Frauen,die selbst laut Bundesanstalt für Arbeit ca. 12,2 Std. am Tag arbeiten, da Sie zusätzlich noch den Haushalt versorgen müssen.

DOCH DAS IST NICHT ALLES, WAS ZU EINEM FRAUENARBEITSTAG ZÄHLT:
Mit welchen Ansprüchen werden Sie täglich konfrontiert, für die Sie unbezahlt Arbeitszeit aufwenden?
-informieren über gesunde, abwechslungsreiche und preiswerte Nahrung
-kreieren von perfekt-dezentem Make-up
-schlank sein
-modern und ansprechend gekleidet sein
-herstellen von harmonischem Familienklima
-humorvoll unterhaltendes, aber meinungsloses Auftreten
-erfüllen der allnächtlichen Beischlafpflicht

Kann auch in Ihrer Ehe/ Freundschaft die frische Bettwäsche nicht über den Grauschleier der nächtlichen Beischlafpflicht hinwegtäuschen?
DIE BETTWÄSCHE IST NEU - DAS SCHLAFZIMMERTABU ALT!
50 % der Vergewaltigungen finden in der Ehe oder im engeren Bekanntenkreis statt.

DIE BE- BZW. ENTLOHNUNG FÜR ALL DIESE ZWANGSARBEIT BESTEHT Z.B. IN DER TÄGLICHEN SEXISTISCHEN ANMACHE ODER DIREKTER SEXUELLER GEWALT VON MÄNNERN.
Auch und gerade im Berufsleben!
Mit welchen der folgenden Arbeitsbedingungen werden Sie täglich in Ihrem Beruf konfrontiert?
-adrett und nett das Betriebsklima gestalten
-miese und schlechtbezahlte Jobs annehmen müssen
-karrieremachen in den von Männern vorgegebenen Arbeitsstrukturen
-malochen in den frauenverachtenden "neuen Technologien"

WENN WIR FRAUEN ALL DAS ALS FRAUENARBEIT BEGREIFEN, STELLT SICH DIE FRAGE: WEM NUTZT DAS?
Wem nutzt es, daβ unsere 'zigste Diät als "Liebe" bezeichnet wird und die Hausarbeit als "typisch weiblich" und somit gesellschaftlich nicht anerkannt, also UNSICHTBAR gemacht wird?

Zunächst den Ehemännern und Freunden - die machen Feierabend und wir schuften weiter. Aber auf der unbezahlten Hausarbeit und unterbezahlten Lohnarbeit von uns Frauen baut das Wirtschaftssystem auf!

plätze werden tagtäglich geschaffen: Bandarbeit/ Heimarbeit/ Stückgutfertigung und der Kapitalismus braucht unsere unbezahlte Frauenarbeit um die Profite zu steigern.
UND: Arbeitslosigkeit und Sozialabbau fordert mehr an "unsichtbarer" Arbeit:
Wir sollen uns was einfallen lassen, wenn das Geld knapp wird und die Familie nach dem Essen verlangt.
Wir sollen uns was einfallen lassen, wenn kein Geld für Kleidung usw. da ist.
Bei geschätzten 4 Mio. Arbeitslosen und massivem Sozialabbau wird unser Arbeitsvermögen also immer mehr ausgebeutet.
UND: Für die hohe Arbeitslosenrate machen Politiker wie Geißler, Franke und Co. uns Frauen verantwortlich,

ihre Parole: "FRAUEN ZURÜCK AN DEN HERD - DIE MÄNNER SOLLEN DIE UNTERBEZAHLTEN 'FRAUENARBEITSPLÄTZE' ÜBERNEHMEN"
Diese Umstrukturierung der Wirtschaft hat System - es wird weltweit durchgesetzt und das wird auch an diesem Ort - EINEM EINKAUFSZENTRUM - sichtbar:
Die billigen Klamotten, die wir hier kaufen sollen, kommen aus der sogenannten 3.Welt. Sie werden dort unter noch mieseren Arbeitsbedingungen hergestellt, für den Aufbau von Produktionsstätten werden die Menschen von ihrem Land vertrieben, ihnen wird ihre Existenzgrundlage geraubt, damit Fabriken und Monokulturen für den Exportfruchtanbau errichtet werden können, z.B. Sojaanbau für Viehfutter in den Industrieländern.
DAS SIND DIE SOGENANNTEN HUNGERKATASTROPHEN
Arbeitsplatzabbau und Umstrukturierung hier - Verlagerung der Produktion in die sogenannte 3.Welt
DER KREIS SCHLIEßT SICH UND WER SIND WIEDER DIE HAUPTSÄCHLICH BETROFFENEN? WIR FRAUEN - WELTWEIT
Wer arbeitet in den Weltmarktfabriken? Wer flüchtet mit den Kindern in die Slums? Wer muß Nahrungsmittel organisieren? WIR FRAUEN!

Chefs und Multis die Gewinne davon! Bestimmen weltweit die Lebensbedingungen von uns Frauen, vertreiben und vernichten, wollen uns in Haus- oder Lohnarbeit verschieben - wie's gerade paßt - wollen unseren Körper besitzen (Gen- und Reprotechnik) oder tun es schon (Zwangssterilisationen in der sog. 3.Welt).
Sie und ihre Handlanger-die Politiker
Und die Banken: sie geben die Kredite für dieses Weltwirtschaftssystem.
Zwei Instrumente, die das System von Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten sind der INTERNATIONALE WÄHRUNGSFOND und die WELTBANK! Der IWF und die WB diktieren die Bedingungen unter denen die Länder der 3.Welt Kredite bekommen, mit denen die Multis und Konzerne ihre Geschäfte machen!
Doch die Frauen wehren sich, leisten Widerstand!
In der sog. 3.Welt organisieren Frauen Streiks, Kundgebungen, Volksküchen, verweigern sich, kämpfen in den Befreiungsbewegungen!
Weil unsere Arbeit die Grundlage für dieses Weltwirtschaftssystem ist, wollen wir nicht nur Widerstand in unserem Alltag leisten sondern auch die Frauen der sog.3.Welt in ihrem Kampf gegen die Ausbeutung und Vernichtung unterstützen.

DER IWF UND DIE WELTBANK TAGEN IM SEPTEMBER (25.9.-29.9.88) IN BERLIN

Wir beteiligen uns während der Tagung an Aktionstagen, die unseren Widerstand und unsere Solidarität deutlich machen sollen!
Wir wollen in Frauenzusammenhängen den reibungslosen Ablauf des Kongresses behindern, Kundgebungen veranstalten und es wird vielfältige Frauenaktionen geben.



MACHT MIT, WENN ES IM SEPTEMBER DARUM GEHT DENN HERREN DER WELT ZU ZEIGEN, WEM SIE GEHÖRT

FÜR EINEN STARKEN INTERNATIONALEN FRAUENWIDERSTAND!

aus der Jahrheit v.14.8

Polizei ging brutal gegen autonome Frauen bei Aktion vor

Kundgebung in Vorbereitung der IWF-Konferenz

(DW-B. Kl.). Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So auch die Jahrestagung von IWF und Weltbank, gegen die Frauen vom autonomen Frauenplenum und zahlreiche Anti-IWF- und entwicklungspolitische Frauengruppen am Freitag eine Kundgebung in der Wilmersdorfer Straße durchführten.



Autonome Frauen protestierten gestern in der Wilmersdorfer Straße gegen die IWF-Tagung in Westberlin Foto: DW–Gruchot

Angeheizt durch die vom CDU/FDP-Senat betriebene Kriminalisierung der Anti-IWF-Kampagne schlug in deren Verlauf ein Polizist einer Frau brutal ins Gesicht, ein anderer hatte gleich die Hand an der Pistole. Der Grund dafür war, daß die Frauen einen Exhibitionisten vertreiben wollten, der die Vorbereitung einer Pantomimengruppe störte. Statt diesen Mann zu entfernen, wollten die Polizisten eine Frau verhaften, wogegen die Kundgebungsteilnehmerinnen protestierten.

Ziel der Kundgebung war es, die Passantinnen in der Wilmersdorfer Straße auf die Auswirkungen der IWF- und Weltbankpolitik auf die Frauen in der „dritten Welt", aber auch in den Industrieländern aufmerksam zu machen. Mit Rezepten im schönsten Kochbuchstil verdeutlichten die Frauen ihren Willen, „den Herrschenden ein brodelndes Süppchen" zu kochen, wobei eine Drachin (aus Stoff) das nötige „Feuer" lieferte. Auf Stellwänden wurde am Beispiel Kolumbien aufgezeigt, daß Frauen weltweit die am schlechtesten bezahlten und am wenigsten qualifizierten Arbeitsplätze innehaben. Daneben führen sie den Haushalt, übernehmen die Kindererziehung und kümmern sich als Seelsorgerin, Krankenschwester und Geliebte um Freund oder Ehemann. Dies alles unbezahlt. Durch IWF und Weltbank, so ein Flugblatt, würde dieses System im Interesse der Konzerngewinne aufrechterhalten. Weitere Frauenaktionen wurden angekündigt.

Hier das Armutszeugnis der TAZ üblichen (Nicht-) Berichterstattung !



*»Haben Sie auch das Gefühl, zuviel zu arbeiten?« fragten gestern die in Charlottenburg gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft demonstrierenden Frauen. »Na, klar«, meinte unsere Redakteurin und schickte einen **männlichen** Fotografen zur Kundgebung. Der aber durfte nicht (tat's aber doch), weil das nur einer Frau gestattet sei. Sollen wir nun doch alles selber machen?* Foto: David Balzer


Volkssport

WARUM ES NACHTS IN DR. RICHARD BRANTNER"S GARAGE BRANNTE

Am 25.2.1986 verließ F.Marcos per Hubschrauber seinen Regierungssitz in Richtung US-Luftwaffenstützpunkt "Clark Air Field". Das war der letzte öffentliche Freundschaftsdienst für den dienstältesten Diktator Südostasiens. Die USA hatten schon lange vorher auf Aquino gesetzt, durch die militärische und ökonomische Interessen inzwischen besser vertreten waren. Die Hinterlassenschaft von Marcos war ein Land mit einer Auslandsverschuldung von über 26 Milliarden US-$, einer Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote von etwa 50 %, einer massiven Kapitalflucht und einer größtenteils (ca. 80 %) am bzw. unterhalb des Existenzminimums lebenden Bevölkerung.
Dies ist auch das Ergebnis einer fast zwei Jahrzehnte dauernden Einflußnahme von IWF (Internationaler Währungsfond) und später auch der Weltbank. 18 kurzfristige Umschuldungskredite (stand by-Kredite), die immer mit wirtschaftspolitischen "Sanierungsauflagen" verbunden sind, mündeten in eine langfristige immer noch aktuelle "Strukturanpassung" der Weltbank. Das Credo dieser "Wirtschaftshilfe" sind absolute Exportorientierung und verstärkte Weltmarktintegration. Das bedeutet den Export von Rohstoffen und arbeitsintensiven Manufakturprodukten, wie Textilien oder Halbleiter für die Elektronikindustrie und den Import von Fertigprodukten und Maschinen. Auf landwirtschaftlichem Gebiet wurde die "grüne Revolution" durchgesetzt: riesige Monokulturen als Exportplantagen, Einsatz von Hybridsaatgut und Pestiziden und die höchstmögliche Mechanisierung der Produktion. Ziel ist die vollständige Zurichtung des Landes auf die Interessen der multinationalen Konzerne und Banken und die Vernutzung oder/und Vernichtung der Bevölkerung. Denn durch die Zerstörung der Subsistenzproduktion (der Produktion für den unmittelbaren eigenen Bedarf) und den damit verbundenen Landvertreibungen (z.B. um "genügend Raum" für die riesigen Exportplantagen zu schaffen) kommt es zu permanenten Flüchtlingsströmen vor allem in die Städte. In den dort schnell anwachsenden Slums sind vor allem Frauen gezwungen, durch nicht oder niedrigstbezahlte Arbeit im "informellen Sektor", in den Weltmarktfabriken und durch Prostitution, sich und ihren Familienangehörigen ein Überleben zu ermöglichen. Diese Verelendungspolitik führt C. Aquino in höchstens quantitativ verändertem Maße fort, mit einem mehr und mehr bröckelnden Anstrich von behaupteter Legitimität.
Die BRD ist nach den USA und Japan der drittgrößte Handelspartner der Philippinen. Trotz aller schon durchgeführten Zurichtungsprogramme von IWF und Weltbank sind sie allerdings für BRD-Kapital ein zu"unsicheres" Land, zumindest blieben größere Investitionen bisher aus. Dies soll sich ändern. Zu bemerken ist ein verstärktes wirtschaftspolitisches Engagement für Aquinos Feldzug, der "das Krebsgeschwür der Subversion militärisch ausmerzen" will.
Dieses Anliegen wird durch "Entwicklungshilfe" unterstützt, wie bspw. das "Infrastrukturprojekt" auf der Halbinsel Bondoc (südlicher Luzon) ca. 170 Kilometer südöstlich von Manila, zeigt, das jetzt im Spätsommer begonnen werden soll. Offiziell ausgeschrieben sind dabei die Teilbereiche: Strassenbau und Wasserversorgung, und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Durchgeführt wird dieses Projekt von der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) in Zusammenarbeit mit der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit). Die KfW, die zu den größten Banken der BRD zählt, wurde "1948 durch Gesetz errichtet, (und) verdankt ihr Frankfurter Domizil einer Konzeption der damaligen Militärregierung. Ursprünglich mit der Verwaltung der aus der Marshal-Plan-Hilfe anfallenden Gelder und deren Nutzbarmachung für den Wiederaufbau betraut, widmet sie sich heute zur Förderung der deutschen Wirtschaft der Vergabe von Investitions- und Exportkrediten sowie der Übernahme von Bürgschaften. Darüber hinaus obliegt ihr im Auftrag der Bundesregierung die Verteilung von Entwicklungshilfemitteln und der Betreuung der damit finanzierten Objekte."(IuHK, FFM, 1/88)
In der Vergangenheit wurden mit KfW-Geldern auf den Philippinen z.B.prestigeträchtige Prachtbauten der First Lady I.Marcos finanziert, wobei städtische Arme vertrieben wurden. Inzwischen finanziert diese Entwicklungshilfeagentur

auch direkt die Aufstandsbekämpfung. Das Bondoc-Projekt liegt in einem unwegsamen Gebiet, das zu großen Teilen von der NPA-Guerilla kontrolliert wird. Von den geplanten Straßen und Brücken werden vor allem Polizei und Militär profitieren können, die dann schneller und mit größerem Vernichtungsgerät dort operieren können. Lediglich reiche Bauern werden zusätzlich Nutzen daraus ziehen, da sie ihre "cash-crops" schneller von den Plantagen auf die Märkte bringen können. Für die Masse der PächterInnen und SubsitenzbäuerInnen ändert sich durch diese "Infrastrukturmaßnahmen" nichts (zumindest nicht zu ihrem Vorteil), können sie sich doch gar kein Transportmittel leisten , was besagte Straßen besser und schneller befahren kann. Vielmehr wird mit der Kontrolle der Militärs ein "gewaltsamer Friede, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt" einhergehen, wie der Blick in andere Regionen des Landes zeigt.
Daß als Entwicklungshilfe deklarierte Finanzierungszuschüsse am wenigsten der Bevölkerung zugute kommen, zeigt auch das Beispiel der Instandsetzung des "Sucat-Wasserkraftwerkes" am Stadtrand Manilas. Es versogt vor allem einen Industriepark mit Elektrizität, in dem sich neben transnationalen Konzernen, wie Siemens, bundesdeutsche Betriebe, wie die Textilfirmen "Triumpf Philippines" oder "Olymp" Herrenhemdenfabrikation, befinden.
Um die Gefahr früher erlittener Niederlagen bei der Durchsetzung solcher oder ähnlicher Projekte gegen die Bevölkerung in Zukunft zu schmälern, setzen KfW und GTZ beim Bondoc-Projekt ausdrücklich auf ein Einbinden deutscher und philippinischer "NRO's"(sogenannter: Nichtregierungsorganisationen). Auf der einen Seite greifen sie damit ein Konzept der Weltbank auf, um eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, und andererseits stellen sie sich auf die besondere Situation der Philippinen ein, wo eine große Anzahl unabhängiger Organisationen arbeitet und auf die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung zählen kann.
Zum Beispiel besteht im Gesundheitssektor ein Netz von Basisorganisationen, die in verschiedenen Programmen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Sie wollen im Kontext einer grundlegenden ökonomischen und politischen Veränderung ein alternatives Gesundheitssystem aufbauen. Die schon heute vorhandene Struktur, die durch Selbsthilfegruppen und mit minimalster finanzieller Ausstattung existiert, bedeutet eine Herausforderung für den staatlichen Gesundheitsapparat. Zwar ist er, weil PR-wirksam, von Aquino unwesentlich aufgewertet worden, aber genauso wie unter Marcos für den überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht bezahlbar.
Die versuchte Einbindung von unabhängigen Organisationen hat den Sinn, sie zu spalten; ein großer Teil lehnt eine Zusammenarbeit mit Regierungsvertretern ab, deren"Hilfsangebote" nur allzuoft von Maßnahmen des Militärs oder der Todesschwadronen begleitet werden. Außerdem bezieht sich diese Einbindung in Wirklichkeit nur auf einen Teil von "NRO's", was sich daran zeigt, daß eine Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gruppen in Bondoc, wie z.B. der größten Bauerngewerkschaft, nicht angestrebt wird. Offiziell wird dies damit begründet, "... daß es in dieser Region kaum tragfähige NGO's gebe..."(Philippinenreferent Reiner Krätsch, BMZ, 3.6.1987).
Tatsächlich wird nur auf bestehende reaktionäre "NRO's" zurückgegriffen und wo solche nicht bestehen werden sie eben gegründet. Der gemeinsame Nenner ist dabei, im Einklang mit der "People Power" (Ideologie) der "Kampf gegen Diktatur und Kommunismus".Sie sind streng hierarchisch organisiert, wobei Basisansätze gezwungenermaßen ausgeklammert bleiben.
Als möglicher Endpunkt dieser Entwicklung könnten diese reaktionären "NRO's" die zivile Variante der über 40 bestehenden Todesschwadrone bilden, die Aquino als eine "neue Verkörperung der People Power" preist (FR, 19.7.87).

Seit 1987 ist ein verstärktes Anwachsen dieser "Bürgerwehren" in allen Landesteilen zu beobachten und mit der Unterstützung von Regierung und Militär und unter der "fachkundigen" Anleitung des CIA, gewinnen sie mit ihrem Terror zunehmend an Einfluß. Auf ihre "Todeslisten" gelangen die Namen aller Menschen, denen sie eine Sympathie mit der NPA (=Kommunisten)

unterstellen und sie sind damit ein wichtiges Standbein der US-Aufstandsbekämpfung. Dieser entsprechend soll der Volkswiderstand durch eine Kombination von örtlicher Wirtschaftshilfe , Infrastrukturmaßnahmen, Nahrungsmittellieferungen, psychologischer Kriegsführung, Propaganda und die Einrichtung antikommunistischer Milizen zerschlagen werd-- (s.a. Low-Intensity-Conflict).
Der hohe Entwicklungsgrad und die Vielschichtigkeit des Widerstands auf den Philippinen sei im folgenden an Beispielen dargestellt, die gleichgewichtig die Bandbreite aufzeigen sollen.
Die NDF (Nationale Demokratische Front) wurde 1985 von offizieller amerikaischer Seite als "die zur Zeit am schnellsten wachsende Befreiungsbewegung in der dritten Welt" eingeschätzt. Sie kontrolliert 25% der ländlichen Gebiete, ist in 2/3 des Landes präsent und die NPA, als nicht nur militärischer Arm, verfügt über 30.000 bewaffnete KämpferInnen und MilizionärInnen.
Die Kämpfe der ArbeiterInnen in den "Exportproduktionszonen" blockieren die uneingeschränkte Verwertungsmöglichkeit des Kapitals.In der Mitte der 70er Jahre wurden diese errichtet, um,als ein Teil der internationalen Arbeitsteilung, den Störfaktor Mensch kleinzuhalten. Inzwischen räumt selbst der oberste Verwalter der für die "EPZ's" zuständigen Behörde ein, daß mit das größte Problem die Militanz der ArbeiterInnen ist.
In den letzten Jahren organisieren sich verstärkt Frauen auf den Philippinen gegen ihre permanente doppelte Unterdrückung durch die patriachale Gewaltstruktur der Gesellschaft und den Zwang zu nicht oder niedrigstbezahlter Arbeit. 1984 entstand der Frauendachverband "GABRIELA" (General Assembly Binding Woman for Reformes, Integrety, Equality, Leadership and Action) mit über 80 Einzelorganisationen aus einem breiten Spektrum der Gesellschaft. Die zusammenkommenden Interessen reichen von der Unterstützung von Arbeiterinnen z.B. in den Weltmarktfabriken bis zur Organisation von Demonstrationen gegen Prostitution und Frauenhandel.
Die Stärke des Widerstandes insgesamt macht sein hoher Organisationsgrad aus, die Vernetzung von Basisgruppen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten und nicht zuletzt der teilweise schon weit fortgeschrittene Versuch greifbare Alternativen schon während des Kampfes aufzubauen.

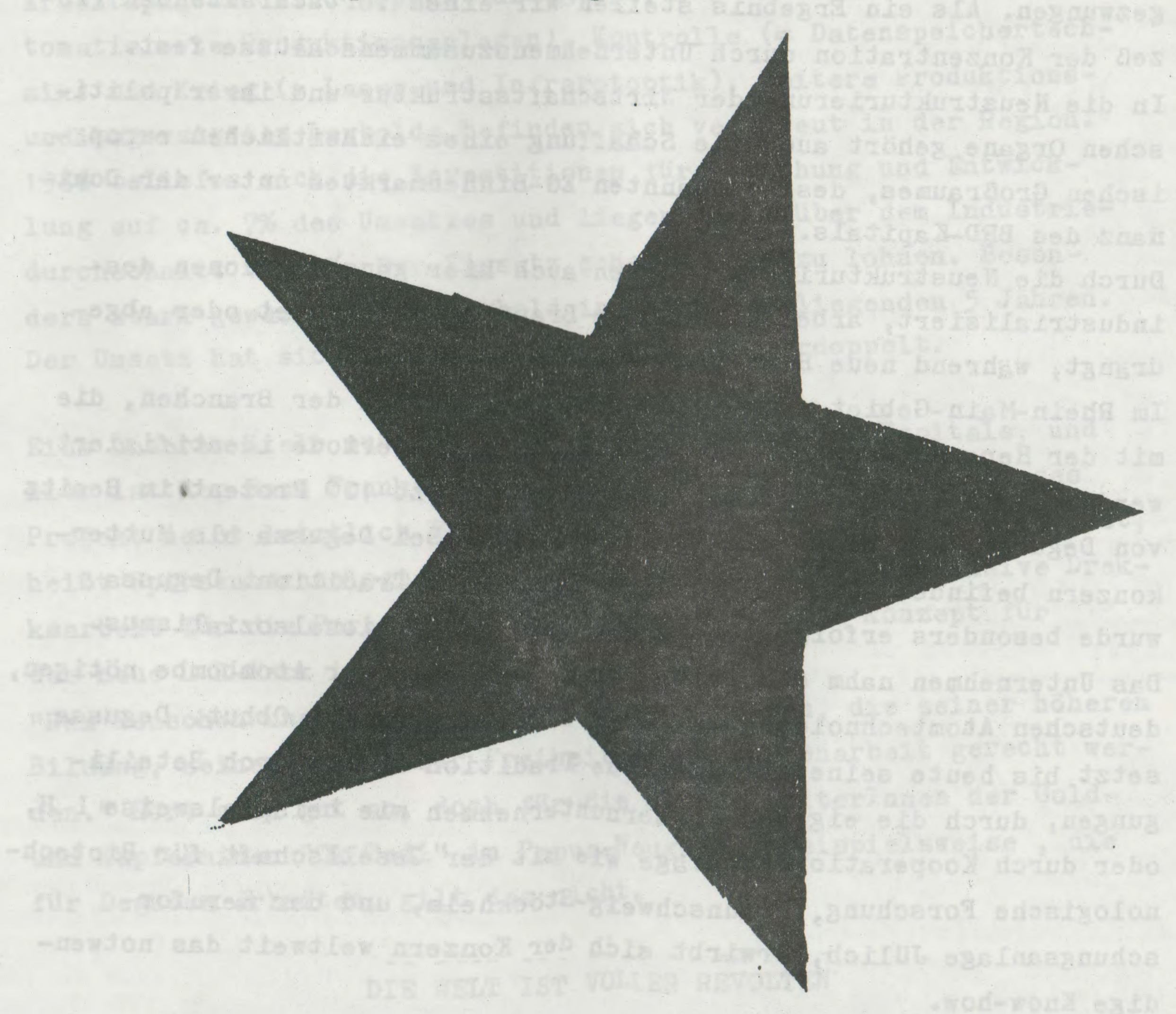
Richard Brantner ist Vorstandsmitglied der KfW und Sprecher des Vorstandes für den Entwicklungsbereich. Er ist damit maßgeblich verantwortlich für deren Politik gegenüber den Staaten des Trikont und für das Bondoc-Projekt auf den Philippinen, das er vor Ort persönlich geprüft und dann forciert hat.
Er gibt sich in öffentlichen Äußerungen flexibel und aufgeschlossen für die Probleme der Menschen: "Natürlich steht im Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit letztlich immer die Aufgabe, Hilfe zu mehr Eigenständigkeit zu leisten. Auch mit einem Kraftwerk sollen unter diesem Oberziel einem Land bestimmte Handlungs- bzw. Produktionsmöglichkeiten eröffnet werden, insbes., wenn es dabei um die Mobilisierung einheimischer Ressourcen (!) geht." (aus epd-Entwicklungspolitik,8/87, in der er über seine Philippinenreise "berichtet") Die Zynik, die hinter solchen Äußerungen steht, wird z.T. erst dann offensichtlich, wenn die verwendeten Worthülsen abglichen werden mit der Realität, für die sie stehen.
Dieser Schreibtischtäter kann sich in seiner Anonymität sicher fühlen, die von seinen Maßnahmen Betroffenen bekommen ihn nicht zu Gesicht. Aus dieser Anonymität wollen wir ihn herausreißen und ihn mit seiner Verantwortlichkeit konfrontieren. Wir haben Dr.R.Brantner Im Wiesengrund 14a in 6242 Glashütten besucht und dabei seine Garage mit 10 Litern Benzin flambiert. Damit sollte seine Taunusvillenidylle ein wenig gestört werden

Darüber hinaus wollen wir anläßlich der IWF-Tagung die Strukturen offenlegen und angreifen, die hier die imperialistischen Ausbeutungskonzepte entwickeln und tragen. Die Kampagne gegen die IWF/Weltbank-Tagung in Berlin im September 1988 greift weiter, als der Ausdruck des Protests und Widerstandes in unmittelbarer Umgebung. Sie beabsichtigt, die Grundzüge autonomer revolutionärer Politik im Zusammenhang neuer internationaler Entwicklungen und zugespitzter patriachaler Herrschaft neu zu diskutieren und auszudrücken.
Bestimmte Projekte, die hier ausgedacht und geplant werden, zu blockieren und Technologien zur Unterdrückung und Zerstörung von Lebenszusammenhängen lahmzulegen und unsererseits zu zerstören, sind sicherlich Bestandteile entwickelten revolutionären Kampfes in den Metropolen.
Unsere Aktion, die exemplarisch einem der Täter näher auf die Pelle rückt, bezieht sich auf diesen Zusammenhang.

DIE PROJEKTE IMPERIALISTISCHER ZURICHTUNG ANGREIFEN, BLOCKIEREN, ZERSTÖREN !

3. August 1988 V.i.S.d.P.: Komitee für einen flammende(re)n Widerstand gegen die IWF/Weltbanktagung

P.S.: Grüße an alle kämpfenden Gefangenen



DIE WELT IST VOLLER DEGUSSA

In der Nacht vom 10. auf den 11.8.88 haben wir in der Maintal-Dörnigheimer Filiale der Firma Leybold Hanau einen Brandsatz abgelegt. Wir stellen diese Aktion in Zusammenhang mit den Kämpfen gegen den IWF und seinen Kongreß im September 88 in Berlin.

Seit Ende der siebziger Jahre und als Folge der Kämpfe in den Metropolen und der sogenannten 3. Weltzeichnet sich eine neue Tendemz der Kapitalakkumulation ab. Um die Profitrate auf neuer, höherer Stufe zu realisieren, bedarf es einer grundlegenden Veränderung im weltweiten politökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Unterklasse. Zukunft im Sinne höherer Profitraten haben Anbieter der Spitzentechnologien, wie z.B. der Chemie, Elektronik und Biotechnologie. Dabei ist das Kapital immer stärker auf die Zusammenführung und ein Zusammenwirken der kapitalintensiven Forschungsaufwendungen gezwungen. Als ein Ergebnis stellen wir einen fortschreitenden Prozeß der Konzentration durch Unternehmenszusammenschlüsse fest.
In die Neustrukturierung der Wirtschaftsstruktur und ihrer politischen Organe gehört auch die Schaffung eines einheitlichen europäischen Großraumes, des sogenannten EG-Binnenmarktes unter der Dominanz des BRD-Kapitals.
Durch die Neustrukturierung werden auch hier ganze Regionen desindustrialisiert, arbeitsintensive Branchen vernichtet oder abgedrängt, während neue High-Tech-Zentren entstehen.
Im Rhein-Main-Gebiet wächst insgesamt der Anteil der Branchen, die mit der Herausbildung der neuen Akkumulationsperiode identifiziert werden. Leybold Hanau (L H), seit Ende 1987 zu 100 Prozent im Besitz von Degussa, ist eines dieser Unternehmen. Bei Degussa als Mutterkonzern befindet sich L H in einem Hause mit Tradition. Degussa wurde besonders erfolgreich in der Zeit des Nationalsozialismus. Das Unternehmen nahm den Aufbau der, zum Bau einer Atombombe nötigen, deutschen Atomtechnologie in seine unternehmerische Obhut. Degussa setzt bis heute seine erfolgreiche Tradition fort. Durch Beteiligungen, durch die eigenen Konzernunternehmen wie beispielsweise L H, oder durch Kooperationsverträge wie mit der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung, Braunschweig-Stöckheim, und der Kernforschungsanlage Jülich, erwirbt sich der Konzern weltweit das notwendige Know-how.

Dabei mißt Degussa der Gentechnologie eine bedeutende Rolle zu und kooperiert auf diesem Gebiet eng mit einer Arbeitsgruppe der Universität Bielefeld. Forschungen im Bereich Biotechnologie werden auch im Werk Hanau-Wolfgang durchgeführt. L H selbst ist auf dem Gebiet der Vakuumtechnik und Vakuumverfahrenstechnik das weltweit führende Unternehmen. Nur durch die Verfügbarkeit von Vakuumverfahren können Computertechnik, Weltraumfahrt, die Atomtechnologie und nicht zuletzt die Biotechnologie realisiert werden. Sorge dafür tragen hochqualifizierte und entsprechend bezahlte Mitarbeiter, von denen rund 50% eine Fachhoch- oder Hochschulreife haben. 500 dieser High-Tech-Arbeitsplätze sind im neu entstandenen Werk in Alzenau (Bayern) zu finden. An diesen sauberen, "postmodernen" Arbeitsplätzen wird geplant und gebaut für Rationalisierung (= automatisierte Produktionsanlagen), Kontrolle (= Datenspeichertechnik) und Krieg (= Laser-und Infrarotoptik). Weitere Produktions- und Lagerstätten Leybolds befinden sich verstreut in der Region. 1986 beliefen sich die Investitionen für Forschung und Entwicklung auf ca. 7% des Umsatzes und liegen damit über dem Industriedurchschnitt von 4%. Der Einsatz scheint sich zu lohnen. Besonders stark gewachsen ist Leybold in den zurückliegenden 5 Jahren. Der Umsatz hat sich in dieser Zeit mehr als verdoppelt.

Eins unserer Ziele muß sein, die Neuformierung des Kapitals, und hier ist der Raum Frankfurt zentral, zu blockieren. Denn dieses Projekt heißt letztlich Reichtum für Wenige und Armut für den Rest, heißt Spitzentechnologie für das Zentrum und arbeitsintensive Dreksarbeit für die Peripherie. Wie heißt es doch im Konzept für das neue L H-Werk in Alzenau:
"Dem Menschen unserer Zeit Arbeitsplätze bieten, die seiner höheren Bildung, seinem Gefühl für Freiheit und Zusammenarbeit gerecht werden." Hört sich gut an, doch für die MinenarbeiterInnen der Gold- und Kupferminen "Ok Tedi" in Papua-Neuguinea beispielsweise , die für Degussa arbeiten, gilt das nicht.

DIE WELT IST VOLLER REVOLTEN

Die Brandstifter

TAXISTAS

Kein IWF- und Weltbankkongreß in Westberlin und anderswo!

Was haben wir Taxifahrer damit zu tun?

Gerade wir als Taxifahrer sollen unseren Teil zum reibungslosen Ablauf dieses Kongresses beitragen, z.B. durch den Transport zwischen den verschiedenen Tagungsorten und den Hotels, oder aber um sie auch zu Kneipen, Kunst oder Puffs zu fahren.
Die „Morgenpost" schreibt, daß die Berliner Taxifahrer „Gewehr bei Fuß stehen" – doch genau so ist es nicht:
Wir wollen die „Schreibtischmörder mit den weißen Westen" nicht fahren und wir wollen ihren Kongreß nicht hier in dieser Stadt.

Sicherlich befinden wir uns hier in den entwickelten Industrieländern gegenüber der Dritten Welt in einer widersprüchlichen Position. Einerseits profitieren wir zum Beispiel auch von den billigen Kaffeepreisen (ein Kilo Kaffee, bei mitteleuropäischen Arbeitslöhnen produziert, würde um die 100 DM kosten), andererseits stoßen sich auch hier die Bonzen an uns gesund (zum Beispiel Mieten oder die Erhöhung der Verbrauchssteuern).

Trotzdem denken wir, daß sich uns in diesen Tagen die seltene Gelegenheit bietet, gegen die alltägliche Ausbeutung und Ausplünderung der Länder und Menschen der Dritten Welt und der Menschen hier in den Industriestaaten einen Punkt zu setzen und öffentlich klarzumachen: Wir sind dagegen.



Für Freitag-Nachmittag, den 23. September 88 planen wir einen Taxikorso durch die Stadt, um unsere Ablehnung des IWF und WB-Kongresses deutlich zu machen.

Um unsere Vorschläge und Einschätzungen mit euch genauer zu diskutieren, laden wir zu zwei Veranstaltungen ein:

- **am Donnerstag, den 25. August, treffen wir uns um 18.00 im Haus der Kirche, Nostizstr. 6, 1/61, zu einer Informationsveranstaltung über IWF und WB, mit Dias und dem Film „Dschungelburger".**
- **für Mitte September planen wir eine zweite Veranstaltung, um den Taxikorso vorzubereiten und unser praktisches Verhalten während des IWF- und WB-Kongresses zu diskutieren. Der genaue Termin und Ort wird noch durch ein weiteres Flugblatt und über die TAZ-Lokalprärie bekannt gemacht.**

V. i. S. d. P und Kontakt:
taxista, Cuvrystr. 20, 1/36

Prozeßerklärung, gehalten im Prozeß gegen 3 Antifaschisten in Moabit am 16.8.88

Einleitung: Wir stehen hier vor Gericht, weil wir gegen die Kundgebung der Republikaner am 14.7.1987 vor dem Reichstag protestiert haben. Deshalb wollen wir mal etwas genauer auf diese Partei, die sich Republikaner nennt, eingehen.

Die Kundgebung vor dem Reichstag sollte für die Republikaner der Auftakt für die von ihnen so bezeichnete "Eroberung der Reichshauptstadt Berlin" sein. Mit dieser Kundgebung sollte die Gründung des Landesverbandes Berlin eingeleitet und die Kandidatur der Republikaner für die Abgeordnetenhauswahlen im Januar 1989 vorbereitet werden.
Wie allgemein bekannt sein dürfte, ist diese unter dem Motto "Trotz allem Deutschland" groß angekündigte Veranstaltung mit ihrem Bundesvorsitzenden und SS-Mann Schönhuber für die Republikaner ziemlich in die Hose gegangen. Dank des entschlossenen und starken antifaschistischen Handelns mußten die Republikaner ihre Provokation einstellen und die Veranstaltung nach 20 Minuten abbrechen.
Dies war ein erster Erfolg der antifaschistischen Bewegung in Westberlin im Kampf gegen die Republikaner und hat Mut gemacht, weiter gegen diese neofaschistische Organisation zu kämpfen, ihre Kandidatur sowie ihre öffentliche Propaganda zu verhindern.
Aber wer sind diese Republikaner eigentlich genau? Sie haben sich 1983 in Bayern als Rechtsabspaltung der CSU gegründet. Mittlerweile haben sie sich als Partei bundesweit verbreitet. Der westberliner Landesverband ist im September 1987 unter starkem Polizeischutz in Hakenfelde gegründet worden.
Die Republikaner setzen sich für eine "Volksgemeinschaft der Leistungswilligen" ein, d.h. alle hier lebenden Menschen haben sich den Interessen der HERRschenden Klasse unterzuordnen.
Die Republikaner negieren die bestehenden Grenzen und fordern, wie schon die NSDAP 1920, den "Zusammenschluß aller Deutschen" auf der Grundlage "des deutschen Reiches in allen seinen Teilen". Dies bedeutet Krieg, da damit Gebiete der Tschechoslowakei, der Volksrepublik Polen, der Sowjetunion und der DDR gemeint sind, welche wieder dem "deutschen Nationalstaat" einverleibt werden sollen.

Die Republikaner sind Rassisten. Sie fordern "Ausländer 'raus" und sind Wegbereiter rassistischen Terrors. In der Zeitung 'Der Republikaner' 7/86 steht: "Denn die auf Dauer angelegte Vermehrung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer...bedeutet...erhöhte Umweltbelastung, durch auch auf anderen Wegen anfallende Schadstoffe.'

Die Republikaner sind Frauenfeinde. Nach ihren Vorstellungen sollen die Frauen wieder Hausfrau und Mutter sein, da dies ihrer "Berufung" und "naturgegebenen Fähigkeit" entsprechen würde. Selbstbestimmung über ihr Leben und ihren Körper wird den Frauen verweigert. Sie haben Kinder zu bekommen und sich Ehe und Familie unterzuordnen.

Die Republikaner sind gewalttätige Antikommunisten. So meinte ihr ehemaliger Generalsekretär und heutiger Pressesprecher, Harald Neubauer, als Kundgebungsredner für die Deutsche Volksunion (DVU): "Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben wie ein Gehängter zwischen Hals und Strick."

Die Republikaner sind ein erneuter Versuch, eine rechte Sammlungsbewegung zum Erfolg zu führen. Sie versuchen, politische Kräfte vom rechten Rand der bürgerlichen Parteien bis hin zu militanten Neonazis zusammenzufassen.

Auf der Kundgebung, deretwegen wir hier sitzen müssen, war so ein stadtbekannter Neonazi-Aktivist, Führungskader der neonazistischen 'Deutschen Jugendinitiative', wie Mario Dombrowski. Mit ihm zusammen anwesend war so jemand wie Wolfgang Wilkening, Mitglied der neofaschistischen 'Bürgerinitiative Demokratie und Identität' und Schreiberling in dem üblen neonazistischen Hetzblatt 'Sieg' aus Österreich. Sie standen auf der Kundgebung gemeinsam mit JU-Mitgliedern wie damals noch Carsten Pagel, Frischrepublikanern wie Andreas Domeyer, Mitgliedern der 'Nationalistischen Front' wie Christian Francke und Zivilpolizisten mit erstaunlicher Sympathie für Neonazis wie Frank Bonnet.

Die Republikaner wollen sich als Alternative zu den etablierten, jedoch mehr und mehr unglaubwürdig gewordenen, bürgerlichen Parteien profilieren.

Sie propagieren "Ausländer 'raus", "Linke gleich Chaos und Anarchie" und "Wir brauchen wieder einen starken Staat".

Sie versuchen, die Menschen von den eigentlichen Ursachen ihrer Unzufriedenheit abzulenken und diese Unzufriedenheit gegen angeblich Schuldige zu richten.

Für die HERRschende Klasse verringert sich dadurch die Gefahr, daß die Menschen die kapitalistische Gesellschaftsordnung als eigentliche Ursache erkennen und in Frage stellen. Statt eine gerechtere Gesellschaftsordnung anzustreben und sich dafür einzusetzen, sollen die Menschen sich untereinander bekämpfen.

Dies ist eine gewünschte Entwicklung!

Aus diesem Grunde ist es auch möglich,

daß Zivilpolizisten gemeinsam mit Neonazis und Skinheads gegen Antifaschisten vorgehen wie im April 1986 in Spandau geschehen.

daß antifaschistisch eingestellte Jugendliche festgenommen, verhört und bei ihnen Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, weil sie Aufkleber gegen Neonazis verklebt haben.

daß AntifaschistInnen von der Polizei bei Kundgebungen gefilmt und fotografiert werden, damit von ihnen Karteien angelegt werden können.

daß es oftmals gute Verständigung zwischen Polizei und Neonazis gibt; ein Beispiel nur: die auch in diesem Prozeß eine Rolle spielende enge Bekanntschaft zwischen einem Zivilpolizisten und einem stadtbekannten Neonazi der 'Nationalistischen Front', der dort für Fotos von Linken zuständig ist.

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Dies alles soll uns aber nicht davon abhalten, diesem Sammlungsversuch der Republikaner sowie allen anderen, ähnlichen Versuchen entgegenzutreten.

Denn, wenn wir unseren Kampf für eine bessere und gerechtere Gesellschaft ernst meinen, dann müssen wir besonders die Entwicklung des Neofaschismus bekämpfen, da dieser ein wichtiges Hindernis in unserem Kampf darstellt.

Dabei dürfen wir die Hintergründe des sich verstärkenden Neofaschismus nicht verschweigen, denn "Wer vom Kapitalismus nicht spricht, sollte vom Faschismus schweigen". Dadurch gelingt es uns, die Entwicklung eines antikapitalistischen Bewußtseins zu fördern und uns dem Ziel einer neuen Gesellschaft Schritt für Schritt zu nähern.

DAFÜR KÄMPFEN WIR UND DAFÜR STEHEN WIR HIER VOR GERICHT !

Der erste Prozeßtag am Dienstag, 16.8.88 wurde nach kurzer Dauer wegen Fehlens des Hauptbelastungszeugen und Neonazi, Christian Francke, abgebrochen und auf 18.10.88, 9 Uhr verschoben.

Pressemitteilung 10.8.88

Ermittlungen wegen § 129a gegen Raubdrucker

Vermutungen, der Staatsschutz nehme die Existenz eines freien Buchhandels in dieser Stadt nicht mehr ernst, ist die Staatsschutzabteilung der Berliner Kriminalpolizei jetzt energisch entgegengetreten. Sowohl wegen dem Text 'Lieber krankfeiern als gesundschuften' als auch seit einigen Tagen wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung <§ 129a, hier: RAF>, da Raubdrucker die 'Texte der RAF' einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hätten, ermittelt der Staatsschutz gegen Personen, die der Schwarzen Kunst im Dunkeln nachgegangen sein sollen.
Wegen derselben Ausgabe des RAF-Buches hatte der Generalbundesanwalt bereits 1983 vergeblich Ermittlungen angestellt, in deren Verlauf er eines einzigen Exemplares in einer Privatbibliothek habhaft wurde, welches er dem Richter ob seiner Gefährlichkeit eingeschweißt zur Beschlagnahme vorlegte - mit beigefügten Vinylhandschuhen: 'für den Fall, daß eine Prüfung des Buchinhalts für erforderlich gehalten wird'.
Versuche, die Raubdrucker selbst mithilfe des § 129 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verfolgen zu wollen <der §129 tauchte in einigen Haftbefehlen auf> sind dagegen offenbar nicht mehr aktuell, da die Ermittlungen ergeben haben, daß keine solchen organisatorischen Strukturen existieren.

Erkennbar ist nun auch, warum Oberstaatsanwalt Schomburg Monate gebraucht hat, um feststellen zu können, daß die zum Teil mit illegalen Abhörmethoden durchgeführten Observationen gegen ein Raubdrucklager in der Obentrautstraße, für die zeitweilig eigens Räume in einer gegenüber gelegenen Spielkartenfabrik angemietet worden waren, nicht nur von Privatdetektiven durchgeführt wurden, sondern daß Polizeibeamte vor Ort waren, allerdings konspirativ, da sie es unterließen über die Vorgänge in der Otrautstr. Akten anzulegen: Der vom Oberstaatsanwalt zunächst als vertrauenswürdig eingeschätzte Polizeibeamte, der die Vernehmung sowohl der Detektive als auch von als Raubdrucker Verdächtigten durchführte entpuppte sich als just der gesuchte Polizist, der an der Oberservation teilgenommen hatte.

Zur Unterstützung seiner weiteren Ermittlungen empfehlen **wir** dem Oberstaatsanwalt das Anlegen einer 4. Bildmappe. Hierin sollen Photos der beteiligten Polizisten zusammengestellt und allen vernommenen Zeugen vorgelegt werden. Uns liegen eindeutige Indizien, nämlich die bisherigen Zeugenaussagen, vor, daß zumindest die etwas jüngeren Polizeibeamten dann regelmäßig als Kneipen-Bücherverkäufer identifiziert werden.

gez. FREUNDE DES UNLIZENSIERTEN PUBLIZIERENS

An alle Kreuzberger Frauen

die schon immer mal ihrem Chef, (Ehe)mann, Sachbearbeiter vom Amt oder sonstigen Typen, die uns unterdrücken und ausbeuten, eins aufs Maul hauen wollten - und nicht nur an die, sondern an euch alle

INTERNATIONALER FRAUEN KAMPF

Wie ihr sicher mitgekriegt habt, soll im September vom 27. bis 29. der internationale Mörder - und Verbrecherkongreß (IWF und Weltbank - Kongreß) hier tagen. Im IWF (Internationaler Weltwährungsfond) sitzen Bankchefs, Konzernmanager, Finanzminister, die maßgeblich die Weltwirtschaft bestimmen. Diese organisieren sie sich so, daß ihre Profite immer größer werden, das heißt für immer mehr Frauen und Männer immer unerträglichere Ausbeutung und Verelendung. Dabei kalkulieren die Herren auch Millionen von Hungertoten in den Ländern der sogenannten 3. Welt ein. Genau das wollen sie auch auf dem Kongreß weiterplanen. Dafür brauchen sie eine ruhige und für sie sichere Stadt. Das sind sie jetzt schon im Vorbereiten.

In Kreuzberg ist das jetzt schon zu bemerken. Wie ihr sicher schon gesehen habt, fahren die Bullen wieder verstärkt Streife, um auf alles ein Auge zu haben, was nach Anders-Sein aussieht, und wenns nur größere Gruppen sind, die da über die Straße latschen.
Alles verdächtig...
Alles, was nicht so einfach kontrollierbar ist, soll weg. Seien es besetzte Wohnungen, bewohnte Bauwägen, wie die am Mariannenplatz und die in der Wilhelmstr. am Tommi- Haus, oder seien es nur die Parolen und Bilder auf den Hauswänden. Aber nicht nur lebendiger Ausdruck von Widerstand soll verschwinden, sondern auch das Elend, das sie selber verursachen, soll unsichtbar gemacht werden : in letzter Zeit werden immer häufiger Obdachlose von der Straße weg verhaftet und erstmal in den Knast gesteckt.
Sie sollen weg, sie passen nicht in das Bild der aufgemotzten Metropole West- Berlin, einer internationalen Kongreßstadt.
Friede, Freude, Eierkuchen - wir wissen, so isses nicht.
Aber nicht nur in Kreuzberg wird " sauber gemacht " :

Sie durchforsten die Bordelle nach illegal eingeschleusten Frauen vor allem aus Asien, Afrika. Nicht weil dieser Staat etwas gegen diesen Frauenhandel hat, sondern weil dabei die Gesundheitskontrolle für so feine Herren nicht genau genug ist. Sicherheitsstandart für die Kongreßteilnehmer auch in den Puffs.

Während der Kongreßtage planen sie auch noch " Maßnahmen". So werden viele Straßen in der Innenstadt für den Verkehr gesperrt sein. Kreuzberger Pfarrer werden beauftragt, den Gemeindemitgliedern schon jetzt zu verklickern, " Kreuzberg ist im September dicht, abgesperrt..."
Gleichzeitig werden Banken, Schulen und andere öffentliche Institutionen mit IWF Propagandalügen überschwemmt.
Wie läufts denn aber nun tatsächlich mit dem IWF ?
Was macht diese Verbrecherbande gegen Frauen weltweit und uns hier ?
Der IWF vergibt Kredite an Staaten. Das funktioniert dann genauso, wie wenn wir nen Kredit bei ner Bank aufnehmen. Über die Zinsen vergrößern sich die Schulden viel schneller, als frau sie abzahlen kann. Und schwuppdiwupp hat die Summe sich verdrei- oder vervierfacht. Die Länder müssen neue Kredite aufnehmen, um überhaupt die Zinsen zahlen zu können. Die neuen Kredite bekommen sie aber nur, wenn sie bestimmte Auflagen erfüllen. Die IWF- Auflagen sind dann in den betreffenden Ländern Kürzung der Löhne, keine staatliche Unterstützung der Lebensmittelpreise, günstigere Bedingungen für ausländische Konzerne, um Frauen und Männer auszubeuten (zb. Streikverbot in den Betrieben) usw.
Und das bedeutet immer für die Frauen, daß sie noch mehr arbeiten müssen für immer weniger Geld. Und weder sich noch andere satt kriegen.
Die Verarmung von Millionen Frauen und Männern nimmt so zu, nicht ab. Auch hier, aber nicht ganz so kraß.
Es sind dieselben Herren, die auch hier dafür zuständig sind, wie die Sozialgelder verteilt werden, daß auch wir hier immer mehr ackern müssen für immer weniger Geld, die die Miete und die BVG- Tarife immer höher steigen lassen, die uns über die " Eigenbeteiligung bei ärztl. Behandlung " die Kohle aus der Tasche ziehen.
Um diese weltweite Ausplünderung zu verbessern und mehr Profite für sich selbst zu schaffen, treffen sie sich alle hier in Berlin zum Kongreß.
Die Bankiers, die Topmanager, die Politiker - Tausende.
Und sie wollen geschützt sein.
Und ungestört, das hat ihnen der West- Berliner- Senat versprochen. Das schaffen sie nur, wenn sie alles bis in den letzten Winkel im Griff haben. Und da schließt sich der Kreis.

Den Ausnahmezustand kennen wir ja ansatzweise vom letzten Jahr zur Zeit des Reagan- Besuches, als 36 abgeriegelt wurde, keine U- Bahnen mehr fuhren, wo faktisch nach 22 Uhr Ausgangssperre war, du kaum noch auf den Straßen sein konntest, weil sonst die Treibjagd der Bullen anfing- das wißt ihr ja alles selber.
Wir fänden es toll, wenn wir es in diesem Jahr schaffen könnten, dieses Wissen und unsere Erfahrungen zu nutzen, uns jetzt alle schon den Kopf zu machen, wie wir ihnen die Suppe versalzen können.

Daß es notwendig ist, das zu stoppen, sich dagegen zu wehren, zusammen mit all den vielen anderen, die sich schon wehren, findet ihr sicher klar, oder ?
Millionen Frauen werden im September auf Berlin gucken, auf uns. Lassen wir das zu, was da gegen die unterdrückten Frauen und Männer weltweit und hier in Gang gesetzt wird und jeden Tag, Tag für Tag läuft ?
Die Bullen- und Staatsgewalt ist begrenzt- ihre Kräfte sind erschöpfbar. Und sie wissen ganz genau, daß sie auf unseren Widerstand stoßen werden.
Von daher planen sie den Ausnahmezustand.
Wovor haben sie Angst, daß sie so auffahren müssen ?
Es könnte ja sein, daß wir viele werden, die sich gemeinsam wehren. Das ist es, was sie am meisten fürchten.

Möglichkeiten, was zu machen, gibt es viele.
Das Wichtigste ist wohl, sich erst gar nicht von den Straßen vertreiben zu lassen. Geht raus, seht euch genau an, was die Bullen machen ! Greift ein, wenn sie Leute festnehmen wollen ! Fragt die Leute nach ihrem Namen und teilt sie dem Ermittlungsausschuß mit (692 22 22)

Oft ist es schon einfach wichtig, daß viele den Mund aufmachen ! Achtet darauf, daß die Haustüren offen sind, damit Leute auf der Flucht vor den Bullen da eventuell reinkönnen.

Macht Krach, überall ! Sie sollen wissen, daß sie hier nirgends auf Sympathien stoßen- und das nicht zu knapp.

Falls Kreuzberg dichtgemacht wird, überlegt euch, ob ihr euch stressen wollt, um pünktlich zur Maloche zu kommen. Wir sollen wohl noch früher aufstehen, oder was ? Vielleicht ist es da besser, wenn ihr für die Zeit krank feiert und mit uns auf der Straße seid !

Was wir autonome Frauen planen, werden wir noch mit Plakaten öffentlich machen, haltet die Augen offen !
Es liegt an uns allen, ob sie die Stadt im September und darüber hinaus ruhigstellen und ihre Scheiße ungehindert durchziehen können !
Welche keinen Mut zum Träumen hat, hat auch keine Kraft zu kämpfen !

Eine Möglichkeit, über all diese Dinge zu reden, ist das Frauen-Cafe in der Falkensteinstr46, jeden Sonntag um 16 Uhr in Berlin 36

Die Anti-IWF/WB-Kampagne macht's möglich: »Betroffene« aus verschuldeten Ländern der »Dritten Welt« stellen sich einem »verschuldungssensibilisierten« Publikum

aus LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 172/173

Der aktuelle Anlaß: Zwei Näherinnen der Gewerkschaft "19 de Septiembre" aus Mexiko berichteten.

Im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne bietet sich interessierten BerlinerInnen u.a. die Möglichkeit, direkt mit Personen aus außereuropäischen verschuldeten Ländern ("Betroffenen") zu diskutieren. VertreterInnen der Widerstands- und Oppositionsbewegungen aus Kolumbien, Uruguay, Peru, Südkorea und Mexiko lieferten unlängst dem Berliner Publikum die Chance, eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis der Verschuldungspolitik zu ziehen, indem sie die Kehrseite der Medaille, sprich die "sozialen Kosten" der Verschuldungspolitik, zum Thema machten.

In der Retrospektive bleiben viele Fragen offen.
- Was wollen wir von den "Betroffenen" wissen?
- Welche Erwartungen verbinden die Eingeladenen mit ihrem Aufenthalt in Berlin?
- Was ist der aktuelle politische Hintergrund, der die Diskussionen dort und hier verbindet/verbinden könnte?

Und schließlich:
- Ist überhaupt hier eine Diskussionsbereitschaft vorhanden, oder geht es doch eher um Selbstdarstellung?

Der Ursprung dieser Fragen soll im Folgenden anhand einer Reflektion über den Aufenthalt zweier mexikanischer GewerkschaftsvertreterInnen der unabhängigen Näherinnengewerkschaft "19 de Septiembre" diskutiert werden.

Kernfrage:

Was haben mexikanische Näherinnen mit dem IWF zu tun - oder (vielleicht treffender): Was verbindet die Anti-IWF/WB-Kampagne in Berlin mit der Einladung von "Betroffenen"?

Eine Zwischenbilanz:

Die ursprüngliche Idee der InitiatorInnen (Netzwerk, ASA-Solifonds, FDCL, Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz und eine Beraterin der "19 de Septiembre"): Die Anti-IWF-Kampagne stellt den Rahmen eines Treffens gewerkschaftlich organisierter MexikanerInnen und SüdkoreanerInnen, um den Erfahrungsaustausch über die Widerstandsarbeit in verschuldeten Ländern sowohl mit als auch zwischen den Betroffenen zu unterstützen. Das Ziel, die Herstellung internationaler Solidarität, war nicht nur für die am Entscheidungsprozeß beteiligte mexikanische Beraterin der Gewerkschaft zentral.

Allein, was den InitiatorInnen und "Betroffenen" ein Anliegen, schien den OrganisatorInnen (Stiftung Umverteilen, LAZ) nicht ins Konzept zu passen, ein Konzept, das über die politischen Grenzen eines bekannten Berliner Bezirks hinaus offensichtlich explizit nicht greifen soll (kann)? Widersprüche im Rahmen der Berliner Anti-IWF-Kampagne rufen bereits im Vorfeld des Aufenthaltes der Mexikanerinnen Zweifel über Sinn und Zweck der Aktion hervor. Existiert sie überhaupt, die Anti-IWF-Kampagne? Handelt es sich nicht vielmehr um zahlreiche fraktionen als VertreterInnen vielfältiger Interessen, deren Gemeinsamkeit über den größten gemeinsamen Nenner! Anti-IWF nicht hinausgeht? Und - relevanter noch in unserem Zusammenhang - : Wie wirkt sich dieser Minimalkonsens auf die "Betroffenen" aus?

Wer entscheidet eigentlich, wer sich auf wessen Kosten durchsetzt? eine Preisfrage, wie im folgenden unschwer zu erkennen.

Innerhalb der gespaltenen "Anti-IWF-Szene" wird bereits im Vorfeld des Besuches der Mexikanerinnen Macht zum Zünglein an der Waage. Macht, die sich über Geld definiert. Kurz: die Fraktion, die die größte Summe in das Unternehmen investiert (in diesem Fall: Umverteilen), hat auch Anspruch auf den größten Profit. Welche in diesem Szenario nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, ...

Also, die Fraktion, die das Geld gibt, entscheidet, wo's langgeht? Daß das zumindest das Grundprinzip des IWF ist, ist uns allen längst klar, wir sind ja gut vorbereitet auf September. Unklar bleibt , warum Machtstrukturen, die abgeschafft werden sollen, vom Widerstand übernommen werden.

Und die Näherinnen, wie haben die sich auf September vorbereitet?

Die Veranstaltungen sollten es zeigen:
Die Mexikanerinnen berichteten auf zwei großen Veranstaltungen und einer Pressekonferenz über die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaft, die Gewerkschaftspolitik, ihre Lebenssituation sowie Widerstandsformen der Volksbewegung in Mexiko gegen die Austeritätspolitik der mexikanischen Regierung.

In Stichworten:
- Erdbeben
- Organisation der Näherinnen
- Gründung der unabhängigen Gewerkschaft "19 de Septiembre"
- Arbeitskampf
- Kampf ums Überleben angesichts der Schere von Lohn- und Preispolitik
- Aktionen der Volksbewegung gegen die Verschuldungspolitik der mexikanischen Regierung
- ökonomische Schwierigkeiten der Gewerkschaft
- fehlende finanzielle Unterstützung

Während auf der Frauenveranstaltung die Abstraktion von Lebens- und Arbeitszusammenhängen der Näherinnen und der implizite Zusammenhang mit der Verschuldungspolitik der mexikanischen Regierung und IWF-Strategien offenbar problemlos war, schien dies auf anderen Veranstaltungen nicht möglich.

Im Anschluß an Berichterstattung und Fragen an die Mexikanerinnen wurde z.B. die Frage gestellt:

"... Und was habt Ihr jetzt eigentlich direkt mit dem IWF zu tun?"

Oder (Berichterstattung zu dieser Frage beim SF-beat):

"... Auf die Frage, wie denn die Näherinnen direkt mit dem IWF in Verbindung zu setzen seien, wurde mir geantwortet sie seien Näherinnen und keine Ökonominnen, folglich könnten sie diese Frage nicht beantworten. Da die Veranstaltung als im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne angekündigt war, konnt ich darauf ja wohl eine Antwort verlangen."

Haben die Näherinnen ihre Hausaufgabe betreffs Septembe (in Berlin) also nicht gründlich erledigt? Oder müssen wi uns besser auf die Diskussion mit den "Betroffenen" vorbereiten/einlassen?

Oder ergaben sich die Mißverständnisse gar durch unterschiedliche Assoziationen mit dem Wort "September": bei BerlinerInnen: IWF Tagung, und bei den "Betroffenen": Jahrestag des Erdbebens, Gewerkschaftskongreß?

Was hat das alles mit dem IWF zu tun?

Spätestens die Forderung einer Erklärung des Zusammenhangs von IWF und Näherinnen unter Berufung auf den Rahmen de Veranstaltung macht die Notwendigkeit einer grundsätzliche Diskussion über Modus und Intention der Einbindung "Betrof fener" in die (Berliner) Anti-IWF-Kampagne deutlich.

An dieser Stelle kann und soll diese Diskussion nicht geführt werden. Vielmehr sollen hier Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Solidaritätsarbeit im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne gestellt haben, aufgegriffen werden, um dem gegenwärtigen Diskussionsprozeß im Vorfeld des Berliner Septembe möglicherweise eine weitere Komponente hinzuzufügen.

Wer erwartet hatte, die Näherinnen würden einen Augenzeuginnenbericht darüber abliefern, wie der IWF vorbeikam, u "drei Bohnen aus ihrem Topf" zu stehlen, wird sicherlich von den Berichten der Mexikanerinnen enttäuscht gewesen sein. Stattdessen berichteten sie, wie bereits oben geschildert, übe ihre aktuelle Lebenssituation:
es ginge ihnen schlechter als bisher; sie könnten die Preis für die Grundnahrungsmittel nicht mehr zahlen; sie würde jetzt gemeinsam mit vielen anderen Frauen aus Protest gege die Preispolitik Aktionen gegen große Supermarktketten star ten; nach jahrzehntelanger Ausbeutung sei es ihnen gelungen (und auch das nur, weil es 1985 im September in Mexiko ein schwere Erdbebenkatastrophe gab) endlich eine unabhängig Gewerkschaft zu gründen und so aktiv in den Kampf gege patriarchalische und kapitalistische Ausbeutung einzutreten..

Hat alles nichts mit dem IWF zu tun?

Vergessen wir womöglich neben der intensiven Auseinandersetzung mit IWF und Anti-IWF-Kampagne, daß in Mexiko ebenso wie in anderen verschuldeten Ländern Austeritätspolitik nicht erst eingeführt wurde, seit Berlin über den IWF diskutiert, sonder sich die Bevölkerung in den verschuldeten Ländern bereits seit Jahrzehnten mit rigiden Ausbeutungsstrategien nationaler Eliten konfrontiert sieht? Warum wird die IWF-Tagung nicht für die Sensibilisierung der Kampagne in BRD und West-Berlin instrumentalisiert, anstatt überflussiges Sendungsbewußtsein in die "Dritte Welt" zu versprühen?
Der Fall der Gewerkschaft "19 de Septiembre" zeigt gewerkschaftliche und politische Erfolge - trotz IWF-Strategien in Mexiko. Ein schlechtes Beispiel für die Kampagne? Oder spiegelt nicht der wachsende Widerstand der Volksbewegung in Mexiko, die u.a. den Hintergrund für die Gründung der "19 de Septiembre" darstellt, gerade das Ausmaß der austeritätspolitischen Maßnahmen, die auf Verschuldung und IWF-Strategien zurückzuführen sind, wider? Womöglich gewinnt die Zielrichtung der Kampagne durch die Kombination von historischer Entwicklung und IWF-Strategien, die immerhin einen Teil der Historie mitbestimmen, selbst an historischer Brisanz?

Das Bedürfnis der mexikanischen Gewerkschaftsfrauen nach Austausch mit VertreterInnen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) - hat nichts mit dem IWF zu tun? Oder hat nicht doch die Information über neue Technologien im Bereich der ekleidungsindustrie, Importbeschränkungen der EG, etc. angesichts der massiven Exportorientierung Mexikos, die gerade im Rahmen der Bekleidungsindustrie erhebliche Entlassungsquoten befürchten läßt, einen Bezug zur Anti-IWF-Kampagne?

Politische Überzeugungen oder Eurozentrismus?

Abschließend an die oben aufgegriffenen Fragestellungen muß die Frage nach dem politischen Konzept, das den Motor der Anti-IWF-Kampagne bildet, gestellt werden. Die hier dargestellte Situation läßt weniger auf ein Konzept, das auf selbstbestimmtem Handeln basiert, als vielmehr auf eine Kopie von Machtstrukturen, die gerade das Objekt der Kampagne kennzeichnen, schließen.

Beinhaltet dieses politische Konzept, daß z.B. nicht auf die Bedürfnisse der mexikanischen Gewerkschaftsfrauen nach Kontakten mit Gewerkschaften hier einzugehen ist "... wir wissen , daß die Gewerkschaften reaktionär sind, da brauchen die nicht hinzugehen"; oder daß von den Näherinnen eine dezidierte Auseinandersetzung mit der IWF-Politik in Mexiko erwartet wird, um die politische Diskussion hier zu bereichern? Oder bestimmt nicht vielmehr Eurozentrismus ein Verhalten, das von "Betroffenen" verlangt, sich auf die Diskussionszusammenhänge (Stand: Berlin Juni 1988) einzulassen, anstatt aus eigener Sicht eigene Forderungen in die Debatte einzubringen?
Ist diese Anforderung nicht vor allen Dingen auch dadurch überzogen, daß sich die Diskussion hier lediglich als Minimalkonsens präsentiert, der die "Betroffenen" zunächst zu einer Auseinandersetzung mit den Flügelkämpfen der Szene und deren Inhalten zwingt?

Ähnliches ist bei den Veranstaltungen mit Raul Sendic Anfang Juni, die im selben Rahmen organisiert wurden, aufgefallen, wo auch unser Eurozentrismus von ihm verlangte, sich auf den Diskussionsstand hier einzulassen.

Es gab kaum ein Ernstnehmen der heutigen politischen Arbeit der MLN (Tupamaros), viele wollten einfach nicht einsehen, daß diese Arbeit aus einer sehr genauen Analyse der Geschichte der letzten Jahre in Uruguay hervorkommt. Natürlich ist es möglich, daß hier andere Schlüsse daraus gewonnen werden, aber trotzdem müssen die etwas authentischeren Gedanken der Tupamaros ernstgenommen werden.

Bisweilen hat er explizit anderes gefordert als wir, wir würden das hier reformistisch nennen. Aber mit welcher Berechtigung werden kurzerhand dieselben Maßstäbe an unsere Politik hier und an deren Politik in Lateinamerika gelegt? Raul konnte diese Art von Arbeit aus ihrer Geschichte heraus bzw. mit einer momentanen taktischen Phase auch ansatzweise begründen. Sicherlich gab es einen kräftigen, schwer nachvollziehbaren Bruch vom bewaffneten Kampf zu einer politischen Arbeit in breiten Bündnissen. Aber sie versuchen das u. a. in Vergleichen mit anderen Kämpfen in Lateinamerika zu erklären (der Verlust der Unterstützung für die Guerilla durch das Volk in Argentinien, die nach einer Amnestie sofort wieder aus dem Untergrund heraus bewaffnet kämpften). Nach solchen Begründungen wurde gar nicht weiter gefragt. Bewaffneter Kampf wird hier als eine viel höhere, endgültige Kampfstufe gesehen, wie sie von Antiimps oder RAF propagiert wird. Nach diesem Maßstab ist es natürlich unmöglich, anschließend wieder (auch nach 13 Jahren Knast) Bündnispolitik zu machen oder auch "nur" Basisarbeit. Raul betonte oft genug, daß es für sie nur eine Notwendigkeit war (auch taktisch gerade ganz günstig), bewaffnet zu kämpfen, sie hätten es gern auch anders weiter gemacht. So kann die Taktik dann auch wieder wechseln.

Wir müssen auch akzeptieren, daß er zu den hier so beliebten, praktisch ins neue Weltbild passenden Kämpfen in den Slums oder speziell von Frauen nichts geantwortet hat oder antworten wollte. Mögliche Gründe gibt es viele dafür, nur wurde nicht genauer danach gefragt. Für mich verständliche wären ja, daß es solche Kämpfe kaum gibt oder sie keine Relevanz dort haben. Völlig unverständliche Gründe gibts natürlich auch (die Kämpfe passen nicht in ihre Analyse rein, sie halten sie für kleinbürgerlich), aber wir sollten wenigstens genaueres wissen, bis wir ein Urteil darüber fällen.

Was heißt autonome Stadtteilarbeit?

Seit April letzen Jahres sind die Mieten in West-Berlin um über 21% gestiegen. In vielen Häusern stehen Modernisierungen an, deren Kosten auf die Miete draufgeschlagen werden. Bezirkseigene und landeseigene Wohnungen sollen an die GSW verkauft werden, die damit zu einer der größten Spekulantengesellschaft der Stadt wird. Viele stehen jetzt schon mit dem Rücken zur Wand, haben Räumungsklagen am Hals oder sind akut zwangsräumungsbedroht. Gleichzeitig mit neuen Massenentlassungen und Sozialabbau steigt der Anteil der Miete am Einkommen. Der Wohnungsmarkt existiert nur noch auf dem Papier.

MIETEN - WOHNEN EIN PULVERFASS?

Viele finden sich mit dieser Situation ab oder wehren sich nur für sich. Aber der individuelle oder nur juristische Weg wird nichts grundlegendes ändern. Wer sich nicht zusammenschließt, ist gegeneinander ausspielbar. Erste Schritte zum gemeinsamen Widerstand im Stadtteil sind deswegen Hausversammlungen, Strassentreffen, um sich gegenseitig austauschen zu können und die gemeindame Problematik zum Ausgangspunkt des Widerstands zu machen.

Mietpolitik war lange Zeit die Domäne reformistischer Vereine oder Institutionen. Aus der Unterschriftenkampagne gegen den Weißen Kreis entwickelete sich nichts - aber auch gar nichts. Das war vorauszusehen. Wer eine Kampagne organisiert mit der Zielsetzung Druck auf ParlamentarierInnen auszuüben, muß sich darüber bewußt sein, daß die Kampagne mit der parlamentarischen Entscheidung gestorben ist. Was danach kam, war das sich Einrichten in den herrschenden Verhältnissen, der Mieterverein bastelte am Mietspiegel mit und andere MieterInnenläden und Gruppen hatten alle Hände mit Beratungen zu tun.

Wir wollen die kapitalistische Wohnungspolitik nicht reformieren - Wir wollen sie abschaffen! Enteignung aller Hausbesitzer!

Seit dem 1. Mai 87 hat sich einiges getan in Sachen autonomer Stadtteilarbeit. Auf einem der ersten Kiezpalaver ging ein Mietplenum hervor, das es sich zum Ziel gesetzt hat, Themen wie Umstrukturierung, "Rausmodernisierung", Bullenpräsenz im Kiez zum Thema zu machen und auch in Aktionen umzusetzen (Kiez-Demo, Reichenberger 63A-Besetzungen usw...)
Nur wenn wir politische Prozesse und Entwicklungen aufgreißen und vorantreiben können wir ein Klima schaffen, das der Spekulation mit Wohnraum eine Grenze setzen kann. Die Kampagne zur Reichenberger 63A ist dafür vielleicht ein Beispiel. Zehn Jahre lang klagten die Besitzer, Heymann&Kreuels um eine Abrißgenehmigung. Wenn sie diese damals erhalten hätten, wäre die Abrißbirne am nächsten Tag da gewesen. . Nun haben sie diese Genehmigung und die Reiche steht immer noch. Mehr noch: Diepgen selbst hatte sich in den 'Konflikt' um die Reiche eingeschaltet und forderte eine 'politische Lösung'. Das ist zwar noch lange kein Sieg, zeigt aber, daß die Herrschendendie Gefahr einer Solidarisierung unter der Bevölkerung für den Fall eines Abrisses nicht riskieren wollten. Mittlerweile sieht es aos, daß Heymann&Kreuels das Haus mit Senatsmitteln instandsetzen/modernisieren wollen. Mit uns werden sie jedenfalls weiter rechenen müssen!

Unsere Forderung nach Enteignung aller Hausbesitzer ist nicht die Forderung der MieterInnenvereine- und-läden. Das heißt nicht, daß es nicht dort AUCH Leute gäbe, die diese Forderung für sich richtig finden Aber allein die Tatsache, daß diese Institutionen Senatskohle bekommen, macht diese inhaltliche Beschränkung (auf MieterInnenberatung auf das Aufzeigen von 'Skandalen' usw.) deutlich. Wenn die Politik dies Vereine für den Senat zu gefährlich werden würde, würden die Mittel gestrichen werden.

Wir arbeiten nicht in den Institutionen dieses Staates - Wir arbeiten gegen sie!

Weil: Kollektiver Mieter und Mieterinnenwiderstand, die Forderung nach Enteignung, die Parole: Die Häuser denen, die drin Wohnen sind nicht vereinbar mit kapitalistischer Profitlogik und einem Staat, der diese Logik aufrechterhält.

Kollektiver Mieter und Mieterinnenwiderstand heißt für uns, daß sich die Mieter und Mieterinnen eines Hauses zusammenschließen, sich gegenseitig informieren und gemeinsame Schritte diskutieren, sei es nun, wie mensch sich gegen eine anstehende Modernisierung wehrt oder gemeinsam eine Mietminderung oder einen Mietstreik in Angriff nehmen will. Es gibt viele, die für sich alleine, ohne Hausversammlung oder andere Leute hinter sich, die Mieterhöhung vom April boykottieren. Und es gibt jetzt bereits Häuser, vor allem in der Reichenbergerstrasse, die geschlossen Mietminderung machen. Daß hier ein gegenseitiger Austausch stattfindet, daß Vorurteile gegeneinander abgebaut werden, daß Widerstand nichts abstraktes ist und Ausbeutungsverhältnisse konkret werden können, das ist die inhaltliche Zielsetzung des MieterInnenfeste in der Reichenbergerstrasse am 20.August ab 14Uhr.

Und unsere nächsten Schritte?

Wir haben bereits für Anfang September versucht eine Demonstration gegen Spekulanten und andere, die an Wohnraum verdienen zu organisieren. Diese Demo sollte dahingehen, wo die Bonzen selbst wohnen, in den Grunewald! Leider hat das nicht geklaßpt. Viele Gruppen sind momentan mit anderen Dingen beschäftigt (was ja auch verständlich ist) und für uns war klar, daß so eine Demo nur dann ein Erfolg werden kann, wenn sie in allen Stadtteilen, die von Umstrukturierung und katastrophalen Mietverhältnissen betroffen sind, getragen wird. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und vor allem, die inhaltiche Vorbereitung läuft weiter! Das heißt: Wir brauchen weiter Adressen und Infos von Spekulanten. Wenn ihr welche habt, dann schickt sie an den Info-laden LUNTE, Weisestr. 53 in 1-44

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN !!!

DIE FABRIKEN DENEN, DIE DRIN ARBEITEN !!!

ENTEIGNUNG ALLER HAUSBESITZER !!

FÜR EIN BESSERES BUNTES LEBEN, FÜR SELBSTBESTIMMUNG HIER UND WELTWEIT !!



Konzeptpapier

FÜR EINE TÄGLICHE MASSENZEITUNG

Zur IWF/Weltbank-Tagung im September in Berlin:
Wir gehen von der Notwendigkeit einer aus der Anti-IWF-Bewegung gemachten aktuellen Tageszeitung aus. Der Grundgedanke des Projekts ist der: was können wir im September tun, um den zu erwartenden Maßnahmen gegen die Gegner/innen der IWF-Weltbanktagung etwas entgegen zu setzen? Ist es nicht schon lange an der Zeit, über verstärkte eigene Öffentlichkeitsaktionen nachzudenken? Die Frage ist, können wir aus der Bewegung heraus eine Kampagnenzeitung entwickeln?

Dazu haben sich seit einem Monat Menschen von Gruppen und Organisationen aus dem Spektrum der Anti-IWF-Kampagne getroffen, um darüber zu reden. Die Idee ist, eine an sechs Tagen erscheinende Tageszeitung zu machen, die allen, die ihr frisch erworbenes Wissen in "Bewegung" umsetzen wollen, die Möglichkeit bietet, etwas zu tun. Geballte, eigenhändige, von den bürgerlichen Medien unabhängige Infos und Analysen, die

- den WELT-BILDern der ZeitungsleserInnen und
- den polizeistaatlichen Maßnahmen

etwas entgegensetzen.
Die Zeitungen sollen nach unseren bisherigen Vorstellungen in etwa dem Berlin-Extra gegen Kewenigs Polizeirandale entsprechen, täglich vor Schulen, ausgewählten Betrieben, Kaufhäusern, U-Bahnhöfen und in Kneipen verteilt werden.
Die Zeitung soll (ganz grob umrissen) Anlaufstellen, Informationen, Termine als festen Serviceteil enthalten, ferner Bericht über aktuelle Aktionen des Tages, Gegenkongreß, Tribunal, dem Inneren der Bestie, aber auch grundsätzliche Artikel, Länderbeispiele und Beiträge zu den einzelnen Schwerpunktthemen der Aktionstage. D. h., etwa die Hälfte des Blättchens könnte vorher geschrieben, gesetzt und layoutet werden, was die tägliche Erscheinungsweise realisierbarer machen würde. Der

Umfang soll nach unseren Vorstellungen vier Seiten umfassen. Ein Repressionsteil wird in autonomer Weise von Ermittlungsausschuß, Roter Hilfe, Sanigruppen erstellt. Hier soll versucht werden, das aktuelle Geschehen am Tage zusammenzufassen, Zeugen für Polizeiübergriffe schneller zu ermitteln sowie eine Analyse über die Situation rüberzubringen!
Die erste Ausgabe wird als Schwerpunkt einen Anti-Repressionsteil beinhalten, in dem versucht wird, die letzten Erfahrungen aufzuarbeiten, eine Analyse des Gewesenen, des uns Erwartenden zu geben sowie konkrete Handlungsanweisungen zu vermitteln.
Eine autonome Frauenredaktion wird kritisch-feministisch die Berücksichtigung der jeweils besonderen Situation von Frauen in allen Artikeln beäugen - und die Zeitung aktiv mitgestalten, u. a. durch eigene Artikel (konsequenter Frauenaspekt statt lokaler Frauenseite).

Bis Ende August sollen Artikel zu den Schwerpunktthemen der Aktionstage vorliegen;eine Reihe von Gruppen wurden angesprochen.
Unsere Themenvorschläge sind: Frauenarbeit; Sextourismus; Bevölkerungspolitik; Gentechnologie; Rassismus am Beispiel Türkei/Kurdistan; Aufstandsbekämpfung mit Hilfe der BRD an den Beispielen Guatemala, Türkei, Philippinen; Banken/Verschuldung/Profite; Flüchtlinge; Umwelt; Kaffee; Internationale Solidarität (u.a. Gewerkschaften, Südliches Afrika, Befreiungsbewegungen).
Aktuelle Berichte von Aktionen und Geschehnissen der Tage und ein Serviceteil werden die Zeitung dann hoffentlich zu einer spannenden täglichen Lektüre machen.
Eine Gewaltdebatte werden wir uns nicht aufzwingen lassen. Wir werden über alles berichten. Unsere Aufgabe sehen wir nicht in der Bewertung der einzelnen Widerstandsformen, sondern in der Vermittlung der Anti-IWF/WB-Inhalte und in der Auseinandersetzung mit der offiziellen Politik und Presse. Unser Vorhaben ist bei allen (Gruppen), mit denen wir bisher gesprochen haben, einhellig auf positive Resonanz gestoßen. Die Zeitung kann aber nur erscheinen, wenn von Gruppen und Projekten Artikel geschrieben werden. Weiter benötigen wir bis Ende August feste Zusagen betreffend Mitherausgeberschaft sowie verbindliche Zusagen, wo, wie, wieviele Zeitungen von euch verteilt werden können.

Um die beträchtlichen Kosten für das Projekt tragen zu können, brauchen wir auch finanzielle Unterstützung:

Sonderkonto Zeitung
Bank für Gemeinwirtschaft
Kontonummer 16 24 33 07 00
BLZ 100 101 11

Kontakt und Treffen im Krümelladen,
Weserstraße 155, 1/44,
Telefon 6 87 65 90,

mittwochs ab 18 Uhr
Café und Informationen,
ab 19.30 Uhr Redaktionstreffen.

GO HOME!

"Wir können nicht auf die Lehren aus dem Kampf in Rheinhausen verzichten."

Kollegen ziehen Bilanz

Sechs Monate Arbeitskampf und eine "Entscheidung", die von den Kollegen abgelehnt wird, sind es wert, auch anderswo diskutiert zu werden.
Deshalb haben wir Kollegen aus Rheinhausen, die dort den Kampf entschieden mitgetragen und beeinflußt haben, eingeladen, damit sie über ihre Erfahrungen und die jetzige Situation berichten und gemeinsam mit uns diskutieren, was dort und anderswo getan werden muß.

Betriebsrat und Verantwortliche des IG-Metall-Vorstandes hatten Anfang Mai der Stillegung des Stahlwerkes, innerhalb von zwei Jahren, zugestimmt. Obwohl die Mehrheit der Kollegen dieses "Ergebnis" ihres sechsmonatigen Kampfes keineswegs akzeptierte, fand nicht einmal eine Abstimmung darüber statt. Seitdem wurde in der Öffentlichkeit verschiedentlich der Eindruck erweckt, als sei damit die Sache in Rheinhausen nun gelaufen. Dem ist aber nicht so.
Die Kollegen haben Schlußfolgerungen gezogen. "Die Wahrheit ist unsere Stärke. Wir müssen sie sagen, auch wenn sie unangenehm ist."

Selten zuvor ist die Gewerkschaftsführung von einer Belegschaft so entschieden und deutlich kritisiert wor-



INFORMATION UND DISKUSSION MIT

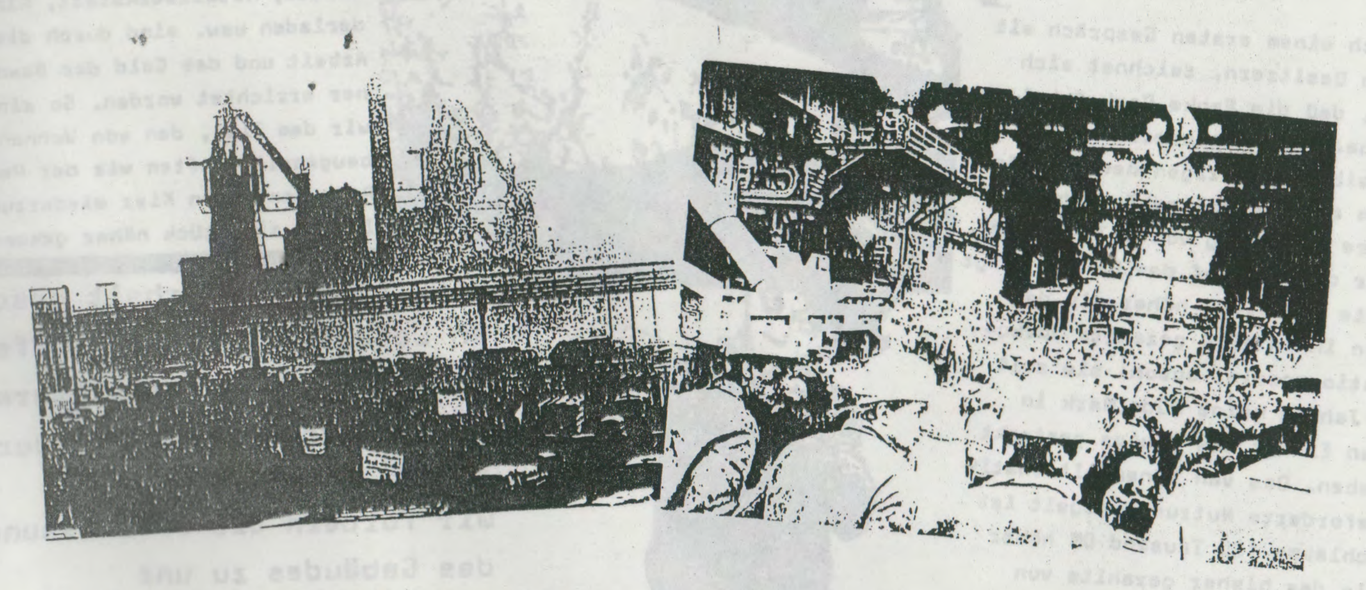
WOLFGANG KOLDITZ (Vertrauensmann Krupp-Stahl-Rheinhausen)
und weiteren KOLLEGEN
Diskussionsleitung:
KLAUS DUBER (Betriebsrat kabelmetal)

* Montag 22. August * Fachhochschule für Wirtschaft * Raum 101
* 18 Uhr * Badensche Str. 50
(U-Rathaus Schöneberg, U-Bayerischer Platz, A 4)

den, wie während des Kampfes um den Erhalt des Stahlwerkes in Rheinhausen, um den Erhalt aller Stahlstandorte.
Selten zuvor hat auch ein Arbeitskampf solch eine Solidarität erfahren wie der der Rheinhausener Stahlwerker um ihre Existenzgrundlage.
Selten zuvor sind auch die Gegensätze von Belegschaft und Betriebsratsführung so deutlich aufgebrochen.

Bekannt ist sicher, daß im letzten Jahrzehnt zigtausende von Stahlkollegen ihren Arbeitsplatz verloren haben, aufgrund der sog. "Strukturanpassung" im Stahlbereich. Vielleicht ist auch bekannt, daß dies nicht immer ohne -zum Teil entschiedenen- Widerstand von seiten der betroffenen Kollegen abging.
Weniger bekannt ist wahrscheinlich, daß mit Rheinhausen eins der modernsten Werke in Europa plattgemacht werden soll. Ein Vorgang, für den Krupp insgesamt 3 Milliarden kassiert, davon allein 1 Milliarde DM an Steuergeldern vom Staat nur für den Zweck der Stillegung(!).
Es ist nicht zuletzt auch dieser Umstand, der in Rheinhausen das Faß zum Überlaufen gebracht hat.
Es ist den Kollegen in Rheinhausen nicht verborgen geblieben, daß derweil sie auf die Straße gesetzt werden, ihren Kindern die Zukunft abgeschnitten wird, derweil ganze Regionen ruiniert werden, die Stahlkapitalisten, im Verbund mit den Großbanken, ebenso wie auch andere Kapitalzweige, seit Jahren Werke ins Ausland verlagern oder auch neue aufbauen, wo sie mit der um ein vielfaches billigeren Arbeitskraft ihre Profite maximieren. Und daß die Kollegen hier im Grunde mit ihrer Arbeit eigentlich diese Politik "finanzieren". Es ist nicht zuletzt dieser empörende Vorgang, der viele nachdenklich macht.
Ebenso wie im übrigen auch die Erfahrung, daß dieser Vorgang durch zentrale Vereinbarungen mit dem Kapital, wie z.B. die "Frankfurter Vereinbarung", abgedeckt, ja sogar erst ermöglicht wird.

Das Motto "Jedes Werk, jede Region stirbt für sich allein" ist mit Rheinhausen durchbrochen worden. Kollegen führen das weiter. **Sie haben die Forderung erhoben nach einem gemeinsamen Vorgehen aller Stahlkollegen. Sie fordern eine branchenweite Vertrauensleutekonferenz, ein Aktionsprogramm für die gesamte Stahlindustrie.**



Die Veranstaltung wird unterstützt von:
Ayan Akdemir (BR Siemens-Gartenfelde); Goffredo Bondanelli (VKL kabelmetal-M); Ali Bostanci (BR Ford); Hartmut Dicke; Ali Erkan (BR Ford); Jürgen Haardt (VKL kabelmetal-M); Gisela Hoedt; Tuncer Karabulut (VK Siemens Alt Mariendorf); Rudi Rupp; Ali Sengul (BR Osram Spandau); Cafer Sümeli (VK Siemens Gartenfeld); Günter Triebe (BR Flohr Otis); Gerhard Wasielewski (BR Melitta); Heinz Welm (VKL kabelmetal-M); Horst Wolf (BRV Varta); Personalrat d. stud. Beschäftigten FU;

(Alle Funktionsangaben dienen nur der Kennzeichnung der Person)

Verantwortlich: Klaus Duber (BR kabelmetal-Messing)
Müllerstr.156A, 1000 Berlin 65, Tel.462 22 71 *8.August 88*


RÄUMUNG DER PRINZENALLEE 58 GEPLANT ?
In diesem Monat läuft der Nutzungsvertrag aus, der zwischen den ca. 100 Bewohnerinnen und Bewohnern der Prinzenallee 58 und der Eigentümergesellschaft Panke Park GmbH & Co KG vor 5 Jahren geschlossen wurde.
Schließlich sind wir es gewesen, die das heruntergewirtschaftete Haus in den 2 Jahren der Besetzung und während den 5 Vertragsjahren instandgesetzt und verwaltet haben. Cafe, Bildungsstätte, Metallwerkstatt, Kinderladen usw. sind durch die Arbeit und das Geld der Bewohner errichtet worden. So sind wir dem Ziel, den von Wohnungsbaugesellschaften wie der Panke Park sanierten Kiez wiederzubeleben, ein Stück näher gekommen.
Nach einem ersten Gespräch mit den Besitzern, zeichnet sich ab, daß die Panke Park Gesellschaft kein Interesse am Verbleib der jetzigen Bewohner in dem alten Fabrikgebäude hat. Ihre Forderung von 3,3 Mio. DM für den Verkauf des Hauses liegt gute 2 Mio. DM höher als der von ihnen 1978 gezahlte Spekulationspreis, obwohl sie seit 7 Jahren keine müde Mark in den Erhalt des Hauses gesteckt haben. Das von ihnen alternativ geforderte Nutzungsentgelt ist schlappe 120 Tausend DM höher als das bisher gezahlte von 80 Tausend pro Jahr.
Die durch unsere Arbeit geschaffenen Lebensbedingungen dürfen nicht durch das Profitinteresse von Spekulanten zerstört werden
Wir fordern die Überlassung des Gebäudes zu uns angemessenen Bedingungen!
Wir können und wollen aber nicht die Spekulationsverluste des Eigentümers finanzieren !
verein zum schutz billigen wohnraums e.V.
Die Hausgemeinschaft der PA 58
HOFFEST 27. AUGUST 1988 ab 17 Uh



19.8.	Freitag	– Veranstaltung ' Im Schatten der Geier', Veranst. Afrika AG der Stiftung Umverteilen, Ort: Haus d. Kirche Goethestr. Zeit 18 Uhr
20.8.	Samstag	Frühsport zum ICC Um 9 Uhr am U-Bhf. Kaiserdamm DEMO gegen den Parteitag der Republikaner im ICC – 14Uhr Staßenfest in der Reiche – 16Uhr Konzert 'Rockt die Nazis raus' im Naturtheater Hasenheide, mit YEBO, The Smash, Cafe Senkrecht Eintritt 10 DM, Veranst. VVN
21.8.	Sonntag	– Treffen zum 3. Aktionstag gegen IWF/WB ' Ausbeutung und HERRschaft im Alltag angreifen' (mi 28.9.) für alle Interessierten! um 20 Uhr im Falkeladen – Uhrzeit 19 Uhr, Disskusion in der Osloer Fabrik (Osloer.12) Thema : Prinzenallee 58 – Männer-Kiezküchenvorbereitung Treffen 20 Uhr vorm EX – 20 Uhr Film im EX, Die Frauen von El Planeta & Der doppelte Tag
24.&25.8		– 21 Uhr Film im KOB : Hunger und Profit& Dschungelburger
25.8.	Donnerstag	– 18 Uhr im Haus der Kirche, Nostizstr.6 Infoveranst. der Taxistas über IWF/WB, mit Dias und Film
27.8.	Samstag	– 15Uhr startet vor der Begine eine Frauenstadtrundfahrt ' Frauengeschichte im Stadtbild Berlins - Von Kartoffelunruhen zur roten Kapelle ' ,kostet 15 DM


KIEZKÜCHE WEDDING
11.9.88
OSLOER FABRIK
(Osloer Straße 12):
ANTIFA-Gruppe:
Zur Situation in Chile
18.9.88
Info-Laden Omega
(Sparrstraße 21):
IWF
21.8.88 OSLOER FABRIK
(Osloer Straße 12):
PRINZENALLEE 58
Nächste Woche läuft der Vertrag aus –
Was können wir von außen tun?
19^{00} Uhr